

Dialog und Verständigung statt Gewalt und Zerstörung

Zum kurdisch-türkisch-deutschen Dialog
für eine politische Lösung des Krieges in der Türkei

10 Jahre Dialog-Kreis



Waffen zum Schweigen bringen, Konflikt friedlich lösen!

Die Nützlichen Nachrichten werden vom Dialog-Kreis herausgegeben.

Bestellungen dieser **Nützlichen Nachrichten**

möglichst mit Briefmarkenspenden an:

Dialog-Kreis, PF 90 31 70 in 51124 Köln, Tel. 0 22 03/1 26 76, Fax 0 22 03/1 26 77

dialogkreis@t-online.de, www.dialogkreis.de

Für Ihre Spenden und Beiträge steht unser Konto Dialog-Kreis,

Konto-Nr. 915 25 39, BLZ 370 501 98 bei

der Stadtsparkasse Köln natürlich auch zur Verfügung.

10 JAHRE DIALOG-KREIS

Ein politisch-chronologischer Rückblick 1995–2005

Mit etwas Wehmut, aber auch mit Stolz

präsentieren wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, diese letzte Print-Ausgabe der NÜTZLICHEN NACHRICHTEN. Wehmut, weil eben doch ein gedrucktes Heft, das man leicht durchblättern kann, um hier und da zu lesen und dann später wieder nachzuschlagen, etwas anderes ist, als eine e-mail Ausgabe. Freilich hat auch sie ihre Vorzüge. Man kann Verweise – links – anbringen, etwa zu längeren Texten, die wir in der gedruckten Fassung gar nicht unterbringen könnten. Manche schwärmen schon von solchen und anderen Möglichkeiten. Trotzdem ist es ein kleiner Abschied, wenn wir nun nicht mehr drucken und etwas Wehmut schleicht sich ein.

In dieser letzten Print-Ausgabe haben wir auf aktuelle Meldungen, Berichte und den Kommentar zugunsten eines Rückblicks auf die Entstehung und die Arbeit des Dialog-Kreises verzichtet. Bei der Zusammenstellung haben wir selbst gestaunt, was wir alles in diesen 10 Jahren unternommen haben, um einer friedlichen politischen Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts näher zu kommen. Es war so etwas wie grenzüberschreitende Friedensarbeit. Darauf sind wir ein wenig stolz. In der ganzen Zeit haben wir uns als ein Teil der weltweiten Friedensbewegung verstanden, der gemeinsam mit anderen in anderen Ländern an diesem Problem arbeitet. Freilich haben wir bis heute unser Ziel, eine Aussöhnung innerhalb der Türkei und ein Ende der gewaltsamen Auseinandersetzungen, nicht erreicht. Doch hat sich in den 10 Jahren wichtiges geändert:

- Es wurde das Tabu durchbrochen, vom Kurden-Problem in der Türkei nicht sprechen zu dürfen. Nun hat der Premier es sogar selbst gesagt.
- Für beide Konfliktseiten ist klar, dass eine Lösung innerhalb der Türkei gefunden werden muß. Alle Separatismus-Vorwürfe gegen die Kurden sind anachronistisch geworden.
- Es gibt, vorwiegend angetrieben durch die EU, erste Reformansätze auch in den vorwiegend kurdisch besiedelten Gebieten, wenn gleich sie nach wie vor völlig unzureichend sind. Die Kämpfe um Reformen im türkischen Establishment sind heftig und keineswegs entschieden.
- Es hat eine Seite, nämlich die kurdische, über fast 5 Jahre ein Angebot für eine friedliche politische Lösung gemacht, das sie durch einen einseitigen Waffenstillstand höchst glaubwürdig untermauerte. Ankara war noch nicht soweit, darauf eingehen zu können.

Viele Probleme sind jedoch nach wie vor ungelöst: Ankara hat bislang keine friedenspolitische Strategie der Aussöhnung entwickelt, sondern beharrt auf Konfrontation. Eine Demokratisierung des türkisch-kurdischen Verhältnisses ist nicht in Sicht. Die EU und die EU-Nationalstaaten befördern ebenfalls nicht eine Strategie der Aussöhnung. Präventives Denken und Handeln scheint für sie ein Fremdwort zu sein. Im Gegenteil verstellen sie durch ihre Verketzerung der PKK als terroristisch jede friedenspolitische Verständigung und stärken damit die Hardliner in der Türkei. – Die Rückkehr der vertriebenen Kurden in ihre Heimat läuft nur in Trippelschritten. Die soziale, medizinische und kulturelle Versorgung ist unzureichend. Die Umsetzung von Reformgesetzen verläuft schleppend. Für die Gruppen und Organisationen der Friedensbewegung bleibt also viel zu tun.

Doch zurück zu den NÜTZLICHEN NACHRICHTEN: Wir werden sie auf e-mail-Zusendung umstellen und dabei auch umgestalten. **Bitte, helfen Sie uns, indem Sie uns Ihre e-mail Adresse angeben. Sonst können wir Sie nicht informieren.**

Freilich haben wir noch mehr Bitten an Sie: Weisen Sie, wo möglich, auf diesen Rückblick des Dialog-Kreises hin und besprechen Sie ihn in Ihnen zugänglichen Zeitschriften. Er kann bei uns kostenlos angefordert werden. Bitte, treten Sie, wo immer Sie es können, für eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts ein ...und natürlich benötigen wir für unsere Arbeit finanzielle Unterstützung. Unser Spendenkonto lautet: Dialog-Kreis, Konto 9152539, BLZ 370 501 98, Stadtparkasse Köln.

Zum Schluß nun doch noch etwas Aktuelles. Auf den „Appell aus Europa für Frieden und Dialog im türkisch-kurdischen Konflikt (s.auch NN 3/2005) mit so vielen prominenten Unterstützern, wie wir es nicht zu hoffen gewagt hatten, hat uns die türkische Zeitung Hürriyet in diffamierender Weise angegriffen und die Kurden-Guerilla mit Al Qaida verglichen. Wir haben mit einem offenen Brief sachlich geantwortet. Schwer zu verstehen ist es, wie eine so große Zeitung sich so friedensfeindlich verhalten kann. Begreift man nicht, dass die ganze Türkei unerhört von der Beendigung dieses anachronistischen Konflikts Nutzen ziehen würde. Gegen eine Lösung des Konflikts zu arbeiten, ist in hohem Maße unpatriotisch.

Wir hoffen, wir lesen uns alle immer Internet 2006 wieder, dies allerdings nur, wenn Sie nicht versäumen, uns Ihre e-mail Adresse zu senden.

Mit guten Wünschen für das kommende Jahr grüßen wir sie freundlichst

Andreas Buro
Koordinator

Mehmet Sahin
Geschäftsführer des Dialog-Kreises

1995: Der Dialog-Kreis stellt sich vor

Die Arbeit des Dialog-Kreises beruht auf einem Aufruf von 150 wichtigen Personen aus Politik, Kultur, Wissenschaften, Kunst, Kirchen und Gewerkschaften. Aus dieser Initiative ist der Dialog-Kreis hervorgegangen, der sich um die Verwirklichung der Ziele des Appells bemüht. Der Text des Appells:

Im türkisch-kurdischen Krieg ist es höchste Zeit für eine politische Lösung.

Aufruf zur Eröffnung eines europäischen Friedensdialogs

Lange sagte man, Weiße und Schwarze könnten niemals gleichberechtigt miteinander leben. Man mordete, folterte, zerstörte und grenzte aus. Dennoch wurde eine politische Lösung gefunden. In Südafrika zieht wieder Hoffnung ein.

Jahrzehnte hörten wir nur von Drohung und Gegendrohung, von Attentaten und militärischer Vergeltung zwischen Israelis und Palästinensern. Endlich hat man begonnen, gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Nach langem Hass ist der Weg schwierig. Doch Hoffnung auf Frieden und Entwicklung hat sich ermutigend entfaltet.

Terror und Gegenterror haben sich in Irland hochgeschaukelt. Mütter wehrten sich mit viel Mut dagegen. Lange versperrten die Schießwütigen auf beiden Seiten den Weg aus der Sackgasse. Nun hat man das Schießen eingestellt und sucht nach politischen Lösungen. Bald wird keiner mehr wissen, warum man so bitter anachronistisch kämpfte.

Die westeuropäischen Staaten haben sich Jahrhunderte bekriegt. Heute verhandeln sie ihre Konflikte. Im Vielvölkerkontinent Europa ist es sinnlos, die Vielfalt von Kulturen und Völkern zu leugnen. Ethnischer Nationalismus wie im ehemaligen Jugoslawien ist wie ein Rückfall in schlimmste Barbarei.

In der Türkei herrscht seit Jahren Krieg unter einst befreundeten Völkern. Hunderttausende, ja, Millionen Kurden wurden aus ihren Lebensgebieten vertrieben, Dörfer und Landstriche zerstört. Folter und Mord sind an der Tagesordnung. Menschen sterben auf beiden Seiten. Auch Wirtschaft, Recht, Liberalität und Kultur fallen dem Krieg zum Opfer. Eine Gesellschaft zerstört sich selbst, statt die Vielfalt der in ihr lebenden Völker und Kulturen als unschätzbare Bereicherung anzunehmen und alle Kräfte für ein freundschaftlich gleichberechtigtes Zusammenleben zu mobilisieren.

Freundschaft zur Türkei kann in dieser historischen Situation nur heißen, ihrer großen Gesellschaft aus Türken, Kurden, Armeniern, aus Moslems, Christen und vielen anderen Völkern und Religionen beizustehen, um Gespräche und Verhandlungen für das zukünftige friedliche Zusammenleben endlich beginnen zu lassen.

Helfen wir alle mit, damit die Vernunft siegt, damit die seit Jahrhunderten bestehende Freundschaftsbrücke zwischen Kurden und Türken nicht weiter zerstört wird, die zivilen Kräfte sich stärken und Frieden, der Wunsch der großen Mehrheit dieser Völker, Wirklichkeit werden kann.

Auf Einladung von Ulrich Albrecht, Franz Alt, Klaus Bednarz, Andreas Buro, Hans-Peter Dürr, Iring Fetscher, Ute Gerhard, Günter Grass, Jürgen Habermas, Inge Jens, Walter Jens, Margarete Mitscherlich, Wolf-Dieter Narr und Horst-Eberhard Richter unterstützen den Aufruf:

Heidi Alm-Merk, Günter Altner, Elmar Altvater, Jürgen Becker, Lukas Beckmann, Angelika Beer, Esther Bejarano, Georg Benz, Karin Benz-Overhage, Rudolf Bindig, Alfred Bielek, Jochen Blaschke, Bärbel Bohley, René Böll, Jörg Calließ, Wolfgang Däubler, Herta Däubler-Gmelin, Malte Dahrendorf, Franz-Josef Degenhardt, Gertrude Degenhardt, Martin Degenhardt, Dieter Dehm, Dieter Deiseroth, Renan Demirkan, Frank Deppe, Amke Dietert-Scheuer, Bernhard Döveling, Freimut Duve, Helga Einsele, Katja Ebstein, Erhard Eppler, Gernot Erler, Anatol Feid, Joschka Fischer, Ossip Kurt Flechtheim, Johan Galtung, Klaus-Jürgen Gantzel, Joachim Garstecki, Hans W. Geissendörfer, Heiner Geißler, Lutz Görner, Ulrich Gottstein, Helmut Griem, Peter Grohmann, Herbert Grönemeyer, Gerald Grünwald, Jörn-Erik Gutheil, Kurt van Haaren, Peter Härtling, Karin Hempel-Soos, Detlef Hensche, Dieter Hildebrandt, Jochen Hippler, Joachim Hirsch, Ulrike Holler, Dieter Hooge, Hanns Dieter Hüsch, Jörg Hufschmid, Egbert Jahn, Luc Jochimsen, Heinz Kaminski, Yilmaz

Karahasan, Heiko Kauffmann, Knut Kiesewetter, Dietrich Kittner, Michael Kniesel, Helmut Koch, Ekkehart Krippendorff, Erich Küchenhoff, Oskar Lafontaine, Felicia Langer, Jo Leinen, Herbert Leuninger, Dagmar Lill, Helmut Lippelt, Dieter S. Lutz, Peter Maffay, Marie Marcks, Manfred Messerschmidt, Jürgen Micksch, Franz-Josef Möllenberg, Kerstin Müller, Oskar Negt, Jürgen Neitzert, Christa Nickels, Kurt Oeser, Cem Özdemir, Claus Offe, Leonie Ossowski, Norman Paech, Gudrun Pausewang, Peggy Parnass, Werner Pfennig, Helmuth Prieß, Erika Pluhar, Norbert Ropers, Lea Rosh, Claudia Roth, Roland Roth, Torsten Rückoldt, Eva Rühmkorf, Peter Rühmkorf, Mehmet Sahin, Jannis Sakellariou, Herbert Schmalstieg, Elmar Schmähling, Renate Schmidt, Herbert Schnoor, Luise Schottroff, Alexander Schubart, Eva Senghaas-Knobloch, Johannes Mario Simmel, Heide Simonis, Dorothee Sölle, Eckart Spoo, Klaus Staeck, Peter Starlinger, Udo Steinbach, Fulbert Steffensky, Manfred Stenner, Wolfgang Thierse, Carmen Thomas, Dietrich Thranhardt, Uta Titze-Stecher, Klaus Traube, Jakob von Uexküll, Klaus Vack, Marie Veit, Wolfgang R. Vogt, Ludger Vollmer, Günter Vollmer, Martin Walser, Bettina Wegner, Heide Wieczorek-Zeul, Ernst Woit, Klaus-Peter Wolf, Dieter Wunder, Uta Zapf, Klaus Zwickel. (Stand: 30.3.1995)

Zusammenarbeit mit Partnern in der Türkei

In der Türkei sind die Kräfte für die Demokratisierung nicht von der nationalistischen Welle erstickt worden, sondern melden sich trotz allem konstruktiv und bestimmt zu Wort. Wir haben also Partner für unsere Politik der Versöhnung. Der Kampf um die Entfaltung einer bürgerlichen Gesellschaft, die in der Türkei noch immer auf der Tagesordnung steht, ist mit der Friedensfrage eng verknüpft. Demokratie kann sich nicht unter Militäroberaufsicht entwickeln, während der Krieg die militärische Position ständig verstärkt und die sozio-ökonomischen Verhältnisse verschlechtert. Die Kräfte für Demokratisierung, für die Sicherung der Menschenrechte und für eine politische Friedenslösung haben also viele gemeinsame Interessen.

Auswirkungen auf Deutschland

Der Krieg in der Türkei wirkt sich auch in Deutschland erheblich aus. Wir haben eine große Gemeinde von Bürgern und Bürgerinnen türkischer und kurdischer Herkunft. Wir wenden uns gegen jegliche Ausländerfeindlichkeit und Rassendiskriminierung in unserem Lande. Wir wenden uns gegen religiöse Diffamierung und Vorstellungen von einem „Christlichen Abendland“, in dem islamische Religion nichts zu suchen habe. Wir haben viele türkische und kurdische Freunde und setzen uns für die Freundschaft zur Türkei ein, auch wenn wir gegen deutsche Waffenlieferungen protestieren. Die Fortführung der innertürkischen Konflikte in unserem Lande behindern jedoch unsere Bemühungen erheblich. Wenn wir also für eine politische Lösung der Kurdenfrage eintreten, so formulieren wir ein Interesse von Deutschen ebenso wie von Türken und Kurden.

Vier strategische Aufgaben

Der Dialog-Kreis versucht auf möglichst vielen Ebenen das Gespräch zur Überwindung der jeweiligen Gegensätze zu vermitteln und zu fördern. Er arbeitet an vier grundsätzlichen Aufgaben:

- Das in der Türkei noch immer herrschende Tabu einer offenen Diskussion über eine politische Lösung zu überwinden und die Menschen dort, die solche Vorschläge vortragen, durch internationale Öffentlichkeit zu schützen;
- Den Appell auf andere Länder auszuweiten, damit sich Menschen aus vielen Gesellschaften daran beteiligen;
- Die NATO-Regierungen, welche die engsten Beziehungen zu Ankara unterhalten, sind immer wieder auf eine politische Lösung hin anzusprechen und aufzufordern, dafür tätig zu werden;
- Schließlich sollen in Deutschland mehr „Runde Tische“ zwischen Deutschen, Türken und Kurden entstehen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass von ihnen die gemeinsame Forderung nach einer politischen Lösung und für die gleichberechtigte Behandlung von Kurden und Türken in Deutschland ausgeht.

Arbeitsformen des Kreises

Der Dialog-Kreis hat sich an türkische Politiker gewandt und deutsche Mandatsträger angesprochen. Er hat Symposien mit einer weiten politischen Beteiligung einberufen und sich an vielen Veranstaltungen beteiligt. Humanitäre Hilfe ist von ihm in Zusammenarbeit mit anderen für die besonders leidenden Gebiete der Kurden ausgegangen. Analysen, Flugschriften und innerdeutsche Korrespondenzen sind täglich Brot. Dauernde Kontakte mit politischen Stellen und Gruppierungen werden gepflegt. Der Kreis gibt vierteljährlich die „Nützlichen Nachrichten“ heraus, die ausgewählte Informationen über wichtige Ansätze und Zusammenhänge für den Dialog veröffentlichen. 1997 begann eine Broschürenreihe, in der Positionen zur Kurden- und Demokratiefrage zu Wort kommen.

Keiner darf vom Dialog ausgeschlossen werden

Der Dialog-Kreis ist offen für Zusammenarbeit bei der Gestaltung des von ihm geforderten und geförderten europäischen Friedensdialogs. Dabei sind unterschiedliche Meinungen selbstverständlich. Wie sollte sonst eine Verständigung erreicht werden? Allerdings darf es auch kein Monopol auf 'die türkische' oder 'die kurdische' Position geben. Für den offenen Dialog ist das Verbot der PKK in Deutschland ausgesprochen schädlich, wird doch dadurch eine argumentative Auseinandersetzung mit dieser Position kriminalisiert.

Wer den Dialog will, wer für eine politische Lösung ist, darf selbst nicht Gewalt anwenden. Er macht sich sonst unglaubwürdig. Glaubwürdigkeit zu schaffen, ist aber von größter Bedeutung. Ohne Vertrauensbildung ist keine Kooperation zu erreichen.

Die Aufgabe des Dialog-Kreises war und ist nicht, Partei zu ergreifen, sondern den Weg zum Dialog über eine politische Lösung des Konfliktes ebnen zu helfen. Diese Zielsetzung steht nicht im Widerspruch zu einer kritischen Beurteilung der bestehenden Verhältnisse.

Die Arbeit des Kreises wird von Prof. Dr. Andreas Buro koordiniert und die tägliche Arbeit in der Geschäftsstelle von Mehmet Sahin bewältigt.

Kooperationspartner und Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit des Dialog-Kreises mit deutschen Friedens- und Menschenrechtsorganisationen reicht von amnesty international und dem Netzwerk Friedenskooperative bis zur IPPNW, von Pro Asyl bis Pax Christi, vom Aachener Friedenspreis bis zu Flüchtlingsgruppen, von Kirchen bis zum Komitee für Grundrechte und Demokratie. Einige Mitglieder des Bundestages aus fast allen politischen Parteien, Gewerkschafter und Mitarbeiter der Ministerien gehören zu diesem Kreis, in den sie ihr Engagement einbringen. Nicht zu vergessen sind auch das Deutsche Rote Kreuz, die Evangelische Kirche im Rheinland, der Ökofonds und Solifonds der Grünen, die VHS Köln, Tüday und Pro Humanitate sowie die Evangelischen Akademien in Bad Boll und Loccum.

Aus dem kurdischen und türkischen Spektrum werden regelmäßig engagierte Personen zu den Treffen des Dialog-Kreises eingeladen, damit eine Kontinuität und Vertrauen unter den Teilnehmenden erreicht wird, und der Informationsstand bei allen Beteiligten gleich bleibt.

Zur Förderung des deutsch-europäischen Dialogs und Unterrichtung der Institutionen und Persönlichkeiten sowie Kontaktaufnahme wurden im Jahre 1995 Hunderte von Briefen in englischer, türkischer und deutscher Sprache verschickt, um einen ersten Dialog aufzunehmen, und Persönlichkeiten und Gruppen in anderen europäischen Ländern und in der Türkei zu motivieren, ähnliche Initiativen zu gründen.

Dialogversuche in Deutschland

Der Dialog-Kreis bemüht sich seit Anfang an auch um den Dialog in der Bundesrepublik. Als erstes hat der Dialog-Kreis im Jahre 1996 die Türkische Gemeinde in Deutschland um Gespräche über den Krieg in der Türkei gebeten. Ferner wurde die Verbindung zu dem Direktor des Zentrums für Türkeistudien, Prof. Dr. Faruk Sen, gepflegt.

Ein weiterer Schritt in diese Richtung wurde mit einem Gespräch am **6. Dezember 1996** mit dem Ersten Sekretär der Türkischen Botschaft in Bonn durch Prof. Dr. Andreas Buro und Br. Jürgen Neitzert getan. Bei diesem ersten Kontakt mit der türkischen Botschaft wurde der Dialog-Kreis vorgestellt und der Wunsch nach Beendigung des Krieges unterstrichen.

Eine Initiative, türkische und kurdische Organisationen miteinander ins Gespräch zu bringen, wurde auch vom Interkulturellen Rat in Deutschland gestartet. Dr. Jürgen Micksch lud einige Vertreter der Kurden und Türken sowie einige deutsche Persönlichkeiten mehrere Male ein. Die Bemühungen erwiesen sich als sehr schwierig.

Die Evangelische Akademie Bad Boll hat mehrere Versuche unternommen, um die Beziehungen zwischen kurdischen Organisationen in Deutschland zu verbessern. Diesbezüglich wurde am **17. Februar 1996** die **Bad Boller Erklärung** verbreitet, die besagt: „Alle Betroffenen sind aufgefordert, an der friedlichen Lösung des Konflikts mitzuarbeiten sowie gemeinsame Formen der Zusammenarbeit zu finden. Gewalt in der politischen Auseinandersetzung in Deutschland schadet allen Ausländerinnen und Ausländern, führt zu Fremdenhass und rechtsradikalen Strömungen, beeinträchtigt die Integration und das Verständnis für die Probleme und Nöte der Menschen kurdischer und türkischer Herkunft und hemmt die Bereitschaft in der deutschen Politik, sich für eine politische Lösung in der Türkei einzusetzen.“ Der Koordinator des Dialog-Kreises Andreas Buro hat die Debatte um die Vereinbarung und ihre Verbreitung begleitet.

Des weiteren unterstützte der Dialog-Kreis das **Festival Baris-Asiti-Frieden** am **27. September 1997** in Köln. Zu ihm kamen fast 10.000 Türken und Kurden, um gemeinsam berühmte kurdische und türkische MusikerInnen und Reden zum Friedenthema zu hören. Mit dieser Veranstaltung sollte der Dialog zwischen Türken und Kurden in Deutschland zugunsten einer politischen

Lösung gefördert werden. Mit Sympathie, und wo möglich helfend, hat der Dialog-Kreis die Gründung einer neuen kurdisch-türkischen Dialog-Initiative mit Namen „Friedensbrücke“ begleitet. Diese Brücke sollte Friedenskräfte in Deutschland und Europa mit denen in der Türkei verbinden.

An Regierungen und offiziellen Stellen gerichtete Initiativen

- Als erstes wandte sich der Dialog-Kreis am **18. August 1995** schriftlich an **Bundeskanzler Kohl** mit der Bitte, sich für eine politische Lösung der Kurdenfrage einzusetzen.
- Am **14. September 1995** schrieb der Dialog-Kreis an **Bundesaußenminister Kinkel** anlässlich seines Besuches in der Türkei.
- Im **November 1995** richtete der Dialog-Kreis einen **Brief** an die **Außenminister von England, Frankreich, Italien, Spanien, Türkei und Deutschland**. Anlass war deren Treffen über die Lage und den Krieg in der Türkei am 22. November 1995. Sie alle wurden gebeten, sich im Sinne einer friedlichen Lösung der Kurdenfrage einzusetzen. In diesem Brief, der auch an die Presse vermittelt wurde, wurden auch erste Schritte, die zur Beendigung des Krieges führen könnten, aufgezählt.
- Im **Januar 1996** wurden **Politiker in der Bundesrepublik** in einem Schreiben um Rat gebeten, wie denn ein stärkerer Einfluss der OSZE-Staaten, insbesondere auch der einflussreichen Staaten gegenüber der Türkei erreicht werden könnte, um dort zu einer politischen Lösung zu kommen.
- Vor den **Newroz**-Feierlichkeiten **1996** und **1997** hat der Dialog-Kreis mit weiteren Organisationen der deutschen Friedensbewegung an **Bürgermeister, Ausländerbeauftragte und Polizeipräsidenten** appelliert und sie gebeten, von ihrer Seite alles zu tun, um einen friedlichen Verlauf zu gewährleisten. Viele verständnisvolle Reaktionen für unser Anliegen haben uns ermutigt.
- In einem **Brief** am **3. April 1996** wandte sich der Dialog-Kreis an den türkischen **Ministerpräsidenten Mesut Yilmaz** und legte für die Eröffnung eines Friedensprozesses einen 6-Schritte-Katalog vor. Einen Tag später wurde auch die Presse darüber informiert.
- Der **Unterausschuss des Auswärtigen Ausschusses** im Bundestag beschäftigte sich am **17. April 1996** mit der **Lage der Kurden** in der Türkei, Iran, Irak und Syrien. Hierzu war neben Vertretern kurdischer Organisationen auch ein Vertreter des Dialog-Kreises eingeladen. Von Seiten des Dialog-Kreises wurde nicht nur auf erste „6 Schritte“ und einen Maßnahmenkatalog zur friedlichen Lösung der Kurdenfrage hingewiesen, sondern auch der Beitrag der Bundesrepublik und der Bundesregierung zur Lösung dieser komplizierten Frage thematisiert. Am Ende der Tagung erklärte der Vorsitzende Schwarz-Schilling, dass der angefangene Dialog fortgesetzt werden soll.

- In einem **Schreiben** an den damaligen **Ministerpräsidenten Erbakan** appellierte der Dialog-Kreis am **24. Juli 1996**, die Versprechungen seiner Regierung schnell zu verwirklichen, damit keine weiteren Todesopfer zu beklagen wären und um ein deutliches Zeichen für eine neue Politik der Verständigung und des humanen Umgangs miteinander zu setzen. Der Dialog-Kreis bat den Ministerpräsidenten, Überlegungen und Gespräche über die Inhalte einer politischen Lösung zu ermutigen und damit öffentlich zuzulassen. So und auch durch einseitige Schritte (Amnestie, Waffenstillstand, Rückkehrmöglichkeiten der vertriebenen Kurden, kulturelle Zugeständnisse usw.) könne eine bedeutsame Wende im selbstzerstörerischen Krieg in der Türkei erreicht werden.
- Anlässlich des **Besuches** des türkischen **Staatspräsidenten Demirel** in Deutschland wandte sich der Dialog-Kreis am **18. Oktober 1996** an **Bundespräsident Herzog**. In dem Brief hieß es u.a.: „Wir schreiben Ihnen, um Sie zu bitten, in Ihre Gespräche (mit Demirel) die Möglichkeiten einer Transformation des türkisch-kurdischen Krieges vom militärischen zum zivilen Konfliktaustrag einzubeziehen. Dieser Konflikt ist für Deutschland nicht nur aus menschenrechtlicher Sicht so bedeutsam, er wirkt sich auch unmittelbar in unserem Lande im Verhältnis zwischen hiesigen Türken und Kurden aus. (...) Eine Chance der Stabilisierung besteht nur, wenn es gelingt, den Krieg in der Türkei so zu beenden, dass Versöhnung und daraus folgende Kooperation erreicht wird. (...) Gefordert ist also eine politische Lösung. Eine Türkei, die den Anschluss an die EU anstrebt, muss bereit sein, die Rechte, die sie für die türkischen Minderheiten in Zypern, Griechenland und Bulgarien fordert, auch den vielen Millionen Kurden im eigenen Lande zuzugestehen.“
- Anlässlich des **Besuchs** des türkischen **Ministerpräsidenten Yilmaz** haben wir uns brieflich am **29. September 1997** an **Yilmaz** und **Bundeskanzler Kohl** gewandt. In dem Schreiben an Yilmaz hieß es: „Während des Wahlkampfes vor zwei Jahren sagten Sie, Herr Ministerpräsident Yilmaz, sinngemäß, Sie wollten das Kurdenproblem endlich lösen, sonst würden Sie aus der Politik ausscheiden. (...) Von der Anerkennung der kulturellen Identität der Kurden und der Erfüllung der international anerkannten Standards von nationalen Volksgruppen ist in der Regierungserklärung nichts zu finden. Statt dessen werden nach wie vor alle diejenigen, die für eine friedliche politische Lösung des Kurdenproblems eintreten, von den türkischen Behörden verfolgt, häufig unter Missachtung der Menschenrechte, zu deren Einhaltung sich Ankara verpflichtet hat.“
- Brief am **25. November 1998** an **Bundeskanzler Schröder** anlässlich des bevorstehenden **Besuches** des italienischen Ministerpräsidenten **Massimo D'Alema** in Bonn. Der außen- und sicherheitspolitische Berater des Bundeskanzlers, Michael Steiner, antwortete am 8. Dezember, dass der Bundeskanzler mit dem italienischen Regierungschef vereinbart habe, die Initiative für eine unterstützende Rolle Europas bei der Bewältigung des Konflikts zu ergreifen und die Möglichkeit einer internationalen Gerichtsbarkeit im Falle Öcalan zu prüfen.
- **Briefe** an die **Mitglieder der Bundesregierung** Anfang **Januar 1999**, die **EU-Präsidentschaft** für eine Friedensinitiative zu nutzen.
- **Offener Brief** am **16. November 1999** an alle deutschen **Innenminister** bezüglich der Gleichstellung der KurdInnen mit anderen MigrantInnen.
- Am **14. Januar 2000** führten Andreas Buro, Br. Jürgen Neitzert und Mehmet Sahin ein **Gespräch** mit Vertretern des **Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** über Schwerpunkte der BMZ-Aktivitäten in der Türkei.
- Am **9. März 2000** hat der Dialog-Kreis **Bundespräsident Johannes Rau** anlässlich seines Anfang April 2000 durchgeführten **Staatsbesuches in der Türkei** schriftlich gebeten, drängende Fragen des friedenspolitischen Prozesses und der Menschenrechtssituation bei seinem Besuch aufzugreifen und sich öffentlich mit Repräsentanten der Menschenrechtsbewegung und der kurdischen Organisationen zu treffen.
- Am **15. März 2000** schrieb der Dialog-Kreis an **Bundesinnenminister Schily** bezüglich der **Gleichstellung von KurdInnen** in Deutschland sowie zu **Abschiebungen** und zum Friedensprozess.
- Anlässlich des kurdischen Neujahrstags (**Newroz**) hat der Dialog-Kreis am **20. März 2000** die Bundesregierung zu einer **Kurskorrektur in der Kurdenpolitik** aufgefordert. Berlin solle die Rechte der 500.000 Kurden in Deutschland auf kulturelle Identität respektieren und sie so behandeln wie andere Einwanderergruppen auch. Sie dürften nicht länger als Türken behandelt werden und sollten ihren Kindern kurdische Namen geben dürfen. Im Rundfunk und beim Schulunterricht müsse ihr Recht auf eigene Sprache berücksichtigt werden. Auch müsse das Verbot der PKK „in geeigneter Weise suspendiert“ werden, nachdem die PKK sich auf einen Friedenskurs festgelegt habe. Generalbundesanwalt Kay Nehm habe kürzlich attestiert, es gebe „keine Anhaltspunkte dafür, dass die PKK gegenwärtig zentral Straftaten (...) steuere“. Für die Stabilisierung des Friedensprozesses in der Türkei werde dringend „ein angemessenes Amnestiegesetz für die direkt und indirekt Beteiligten an der türkisch-kurdischen Auseinandersetzung benötigt“. Damit könnten viele Kurden aus Europa in ihre Heimat zurückkehren. Auch sei ein Abschiebestopp für Kurden aus Deutschland zu bedenken, solange es ein solches Gesetz nicht gebe. Durch den „dramatischen Schritt der PKK“, den Krieg einseitig zu beenden, sei zwar „der Krieg besiegt, doch der Frieden noch lange nicht gewonnen worden“. Dazu müsse Ankara auch den Ausnahmezustand in den Kurdenprovinzen aufheben.
- **Brief** vom **21. März 2000** an alle **Innenminister** der Länder und des Bundes und an den **Menschenrechtsausschuss** und den **Innenausschuss** des Deutschen Bundestags sowie an den **Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung Poppe** bezüglich der bürokratischen Schwierigkeiten bei der **Eintragung kurdischer Vornamen**.

Der Dialog-Kreis setzt sich für eine friedlich-politische Lösung der Kurdenfrage ein

In den letzten beiden Jahren fanden gewaltige Veränderungen im türkisch-kurdischen Konflikt statt. Der Vorsitzende der PKK wurde am 15. Februar 1999 an seine Gegner in die Türkei ausgeliefert und auf der Gefängnisinsel Imrali zum Tode verurteilt. Noch in Rom und Europa vom November 1998 bis Januar 1999 plädierte Öcalan für eine politische Lösung der Kurdenfrage. Während des Prozesses im Juni 1999 in Imrali vertiefte er seine diesbezüglichen Vorstellungen.

Und schließlich hat sich im Sommer 1999 eine spektakuläre Veränderung in dem schon 15 Jahre dauernden bewaffneten Konflikt zwischen der kurdischen PKK-Guerilla und Ankara ergeben. Abdullah Öcalan hat am 2. August in einer Stellungnahme aus dem Gefängnis auf Imrali heraus seine Partei und die Guerilla aufgerufen, den bewaffneten Kampf einseitig zum 1. September 1999 zu beenden. Alle bewaffneten Kräfte sollten sich auf Territorien außerhalb der türkischen Staatsgrenzen zurückziehen. Danach haben der Präsidialrat der PKK wie auch die Kommandostrukturen der Guerilla dem Aufruf zugestimmt und schließlich auf dem 7. Parteitag der PKK im Januar 2000 diesen neuen Kurs besiegelt.

Das Bedeutsame dieser Entscheidung liegt darin, dass eine Konfliktpartei sich unilateral zur Beendigung der gewaltsamen Austragung des türkisch-kurdischen Konflikts entschlossen hat, ohne die Durchführung dieses Beschlusses an bestimmte Zugeständnisse, Versprechen oder Verhaltensweisen der türkischen Regierung zu knüpfen. Der bewaffnete Kampf in der Türkei war damit beendet. Der Vorwurf des Separatismus und des Terrorismus kann ihr gegenüber nicht mehr erhoben werden.

Nicht beendet sind aber die Probleme und Konfliktbereiche zwischen Ankara und der kurdischen Bevölkerung. Es stellt sich die Frage, wird es einen Dialog geben oder wird sich Ankara als kompromissloser Sieger aufspielen und weiter davon sprechen, dass es keine Kurdenfrage gäbe?

Eine friedliche politische Lösung des Konfliktes bedarf wie in Nordirland, in Südafrika oder in Israel/Palästina der Unterstützung und Vermittlung von außen. Dabei sind viele Widerstände zu überwinden, die einen Friedensprozess zu sabotieren suchen.

Eine Befriedung und Stabilisierung der Region entspricht durchaus den wohlverstandenen Interessen der EU und der USA. Deutschland hat angesichts der hier lebenden 2,1 Millionen Türken und Kurden allen Anlass, sich aktiv zum Fürsprecher einer politischen Lösung zu machen. Der Konflikt drohte immer wieder nach EU-Europa überzuschwappen. Bisher hat die Bundesregierung in dieser Hinsicht allerdings nicht viel getan. Sie hat vielmehr, wie auch die USA, die Türkei mit Waffen versorgt und politische sowie finanzielle Hilfe auch für die Kriegführung gewährt. (...)

Deutschland und die EU-Staaten müssen, statt kurdische Organisationen zu verbieten, hier den Dialog aufnehmen und in der Türkei ihren Einfluss für Frieden geltend machen.

In diesem Sinne forderte der Dialog-Kreis immer wieder die Bundesregierung und die EU-Staaten auf, endlich den kurdischen Gewaltverzicht und die damit entstandene neue Situation in diesem Konflikt anzuerkennen, den Dialog mit der kurdischen Seite aufzunehmen und durch Vermittlungsarbeit den Friedensprozess nachhaltig zu fördern.

Nach der **Entführung Öcalans** in die Türkei wird in der Stellungnahme des Dialog-Kreises vom **16. Februar 1999** „Beihilfe zum Frieden, nicht Kriminalisierung der Kurden!“ unterstrichen: „Die arglistige und betrügerische Entführung des PKK-Vorsitzenden Öcalan hat verständlicherweise ebenso große Empörung bei den in Deutschland und EU-Europa lebenden Kurden ausgelöst, wie das verantwortungslose Verhalten der EU-Regierungen und der EU-Präsidentschaft gegenüber dem Kampf der Kurden für die Durchsetzung ihrer Menschenrechte. Entgegen ihren Ankündigungen haben diese keine Initiative zur friedlichen, politischen Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes in der Türkei unternommen: Unterlassene Hilfeleistung zum Frieden ist auch und gerade Bonn angesichts einer ausgestreckten Friedenshand der Kurden vorzuwerfen.“

Wir bitten die verantwortlichen Landes- und Kommunalbehörden sowie die Polizeipräsidenten, alle in dieser besonderen Situation aufkommenden Konfrontationen mit Klugheit zu deeskalieren. (...)

Wir rufen den kurdischen Bürgern und Bürgerinnen zu, lasst Euch nicht provozieren und zu Gewalttaten hinreißen und provoziert nicht selbst. In dieser Situation ist es für die Gewinnung der Menschenrechte für die Kurden in der Türkei von größter Bedeutung, eine Politik beharrlich fortzusetzen, die auf eine friedliche, politische Lösung abzielt. Die Gegner einer Friedenslösung setzen darauf, Euere Empörung zu nutzen, um Euch zu kriminalisieren und zu „Terroristen“ stempeln zu können. (...)

Die Regierung in Bonn rufen wir auf, sich deutlich für die Gewährung der Menschen- und Bürgerrechte, sowie der Gleichberechtigung der Kurden in der Türkei auszusprechen, wie es das Europäische Parlament in seiner Entschließung vom 3.12.98 getan hat. Bonn muss ohne Wenn und Aber erklären, dass die Erfüllung dieser Forderungen die Voraussetzung für eine Mitgliedschaft der Türkei in der EU ist. Wir erwarten von der neuen Regierung endlich ein Signal der Hoffnung und nicht nur Signale des Abtauchens und der Kriegsförderung durch Waffenlieferungen an die Türkei. (...) Niemand möge sich über den Ernst der Situation täuschen und die Signale der fast 70 Selbstverbrennungen von Kurden missverstehen“.

■ Am **21. Februar 1999** haben auf Initiative vom Dialog-Kreis und von medico international ca. **100 Organisationen** und Repräsentanten aus der Friedens-, der Grundrechte- und Menschenrechtsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland eine ähnliche gemeinsame **Erklärung** verbreitet, die an die

Bundesregierung und an die Kurden gerichtet war und in der taz vom gleichen Tag veröffentlicht wurde.

- Gleich nach der Verkündung des einseitigen **Waffenstillstandes** im **September 1999** hat der Dialog-Kreis die Initiative ergriffen und gemeinsam mit weiteren ca. 30 Menschenrechts- und Friedensgruppen einen Aufruf unter der Überschrift „Türkei: Dem Frieden eine Chance geben – Die europäischen Staaten und die USA sind gefordert“ herausgegeben. Sie taten dies, um die kurdische Seite zu ermutigen und die türkische Regierung einzuladen, mit eigenen positiven Schritten zu reagieren. Des weiteren wurden die EU-Staaten aufgefordert, von außen Freundschaftsdienste zu erweisen und auf die türkische Regierung einzuwirken, dass diese Chance nicht vertan wird.
- Und am **7. Juni 2000** wurde ein **Memorandum** zur Weichenstellung im türkisch-kurdischen Konflikt verbreitet.

Das Memorandum von über 30 Organisationen der deutschen Friedensbewegung begrüßt die neue Reformdiskussion in der Türkei durch die EU-Beitrittsperspektive, verweist aber gleichzeitig auf die friedenspolitischen Defizite in der türkischen und der EU-europäischen Politik. In dem Memorandum heißt es: „Eine beidseitig befriedigende Lösung des kurdisch-türkischen Konflikts ist jedoch nicht nur eine Voraussetzung für einen Beitritt der Türkei zur EU, sondern auch für die Entwicklung des ganzen Landes“. Bisher seien nur auf der kurdischen Seite durch die einseitige Beendigung der Kriegshandlungen deutliche friedenspolitische Zeichen gesetzt worden.

Vorgeschlagen werden fünf Maßnahmen der Vertrauensbildung:

- die Einstellung der militärischen Operationen der türkischen Armee,
- die Beendigung des Ausnahmezustandes und die Auflösung der dazu gehörenden Institutionen,
- die Amnestie von allen „Meinungstätern“ und die Verwirklichung von Meinungs- und Pressefreiheit,
- ein Amnestiegesetz für die am Krieg Beteiligten und
- die Aufhebung der Einschränkungen für die sprachlichen, kulturellen und religiösen Ausdrucksformen.

Von den EU-Staaten verlangt das Memorandum, die Kurden als gleichberechtigte Volksgruppe zu behandeln, unter Immigranten den türkisch-kurdischen Dialog mit friedenspolitischer Zielsetzung zu fördern, die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit der Türkei unter friedenspolitischen Gesichtspunkten zu betreiben und diese auch bei der Rüstungsexportpolitik zu berücksichtigen.

Die deutschen Friedensorganisationen streben ein „Zivilgesellschaftliches Forum für eine friedliche politische Lösung in der Türkei“ auf EU-Ebene an. Das Forum soll vor allem eine zivilgesellschaftliche „Beobachtungs- und Memorandumsfunktion“ übernehmen. Dazu werden Kontakte mit EU-Friedensorganisationen, aber auch mit Brüssel und den nationalen staatlichen Institutionen aufgenommen.

Aide-mémoire des Dialog-Kreises an die Bundesregierung

Vorschläge zu aktuellen Schritten der Bundesrepublik Deutschland und zu einer europäischen Friedensagenda für eine politische Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes

Die Entführung des PKK-Chefs Abdullah Öcalan und der bevorstehende Prozess in der Türkei sind nur ein Faktor, der zu den zum Teil gewaltsamen Auseinandersetzungen in Deutschland und EU-Europa geführt haben. Hintergrund zu diesem Ausbruch von Wut und Verzweiflung ist auch die mangelnde Bereitschaft der EU-Länder und der USA, sich für eine friedliche, politische Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes und für die Menschenrechte der Kurden in der Türkei einzusetzen.

Ohne hier eine Analyse der verschiedenen Interessen an dem türkisch-kurdischen Konflikt vorzulegen, sei nur daran erinnert, daß der Anschluß der Türkei an die EU für beide Seiten, also nicht nur für die Türkei, ein wichtiges Interesse darstellt. Für die Bundesrepublik ergibt sich noch ein ganz besonderes Interesse aufgrund der großen Zahl von BürgernInnen türkischer und kurdischer Herkunft in Deutschland. Eine Fortdauer des türkisch-kurdischen Konfliktes oder gar eine nach EU-Europa sich auswirkende Eskalation widerspricht den genannten Interessen und menschenrechtlichen Belangen.

Angesichts des bevorstehenden Prozesses gegen Öcalan ist es dringend geboten, den Kurden in Deutschland und in Europa ein glaubhaftes Zeichen zu geben, daß ihr Anliegen in EU-Europa und in der Bundesrepublik nicht vergessen worden ist. Dies ist umso dringender, als überall Vergleiche gezogen werden zwischen dem Krieg in Jugoslawien und der Situation der kurdischen nationalen Minderheit in der Türkei. Dazu kommt, daß zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung die einst angekündigte Initiative für eine unterstützende Rolle Europas bei der Bewältigung des Konfliktes versandet ist.

Die Schlußfolgerung, die vielfach von Kurden gezogen wird, lautet: Wir können uns nur auf unsere eigene Stärke verlassen, denn wir haben in unserem menschenrechtlichen Anliegen von der ganzen Welt keine Hilfe zu erwarten. Was daraus folgen kann, liegt auf der Hand. In dieser Situation besteht jedoch für die deutsche Außenpolitik auch eine Chance, eine Politik ziviler Konfliktbearbeitung zu entwickeln, durch die auch EU-europäische Eigenständigkeit gegenüber den auf der militärischen Ebene so haushoch überlegenen USA möglich werden kann. Hierfür konkrete Vorschläge zu machen ist das Anliegen dieses Aide-mémoires.

I. Aktuelle Bekundung von Anteilnahme und Interesse der Bundesregierung

1. Der bekannte Menschenrechtler und jahrelange Vorsitzende des Türkischen Menschenrechtsvereins Akin Birdal muß trotz des gegen ihn verübten Attentats, bei dem er schwer verletzt wurde, am 3. 6. 1999 eine Gefängnisstrafe antreten. Er wurde verurteilt, weil er 1996 in einer Rede gesagt hatte, Folterung und politische Morde seien das „Ergebnis des Fehlens einer Lösung

der Kurdenfrage“. Das Staatssicherheitsgericht hat dies als „Aufhetzung des Volkes zu Haß und Feindschaft“ bezeichnet und ihn zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Fünf seiner Attentäter wurden freigelassen.

Die Bundesregierung könnte diplomatisch und öffentlich ihre Besorgnis über diese Verurteilung zum Ausdruck bringen, auf die hohe Bedeutung der Achtung der Menschenrechte hinweisen und für eine Umwandlung der Strafe zur Bewährung plädieren.

2. Der Öcalan-Prozeß beginnt voraussichtliche Ende Mai oder Anfang Juni. Die Bedingungen für die Verteidigung sprechen allen rechtsstaatlichen Prinzipien Hohn.

Die Bundesregierung könnte dies gegenüber Ankara in angemessener Form zum Ausdruck bringen, ein Gutachten über die Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens im Eilverfahren in Auftrag geben, ankündigen, daß sie beabsichtige, den Prozeß durch eine ständige Delegation beobachten zu lassen und die EU auffordern ebenfalls einen EU-Botschafter zur Beobachtung zu entsenden.

3. Die Bundesregierung verfügt einen sofortigen Abschiebestopp von Kurden in die Türkei, da vor Erreichung einer politischen Lösung im türkisch-kurdischen Konflikt, eine menschenrechtlich einwandfreie Behandlung von kurdischen RückkehrerInnen nicht gesichert ist. (s. auch III. 2)

4. Die Bundesregierung kündigt an, sie wolle an ihrer im November '98 verkündeten Absicht festhalten, eine Initiative zur Förderung einer politischen Lösung in der Kurdenfrage zu ergreifen und sie würde dazu ihre EU-Präsidentschaft und die Zeit danach nutzen, um einen Prozeß der Vermittlung mit langem Atem einzuleiten und voranzutreiben.

II. Einleitende Schritte für eine Politik, die Hoffnung macht.

Hierbei geht es um Maßnahmen, die relativ schnell und unilateral, also ohne Zustimmung von Seiten der Türkei oder anderen Ländern, eingeleitet werden können.

Vorstellbar sind z. B. folgende Maßnahmen:

1. Organisation von „Hearings zur Türkei-Kurden-Frage“ bei denen alle wichtigen Akteure angehört werden. Diese Hearings könnten in Deutschland von der Regierung oder einem speziellen Gremium organisiert und dokumentiert werden, so daß sie jedermann zugänglich werden. Die Botschaft nach außen hieße, wir beginnen uns mit dieser Frage zu beschäftigen.

2. Eine möglichst hoch angesiedelte Monitoring-Gruppe wird gebildet, die alle relevanten Daten zu dem Konflikt sammelt und die Aufgabe hat, einen jährlichen Bericht für die Öffentlichkeit herauszugeben, der auch mit Bewertungen und Empfehlungen zu verbinden ist.

3. Ein EU-weiter Auftragskomplex für Friedensforschungsinstitute ist zu vergeben. Die Aufgabe ist, den Konflikt in seinen Dimensionen zu analysieren und vor allem daraus in Konsequenz Strategien ziviler Konfliktbearbeitung und Vorschläge für eine politische Lösung zu entwickeln. Eine Nebenwirkung wäre, daß auf diese Weise die EU-Friedensforschung in dem Bereich zivile und politische Konfliktbearbeitung näher an einander herangeführt und die Aufgabenstellung für zivile Friedensstrategien als wichtige Aufgabe der Friedensforschung institutionalisiert werden würde.

4. Zur Etablierung und Ausweitung von „dezentralen Dialogen“ ist eine deutsche bzw. eine EU-europäische Dialog-Stiftung zu schaffen. Sie hat vor allem die Aufgabe, NGO- und soziale und berufliche Gruppen der Zivilgesellschaft aus der Türkei und EU-Europa miteinander ins Gespräch zu bringen. Dies diene gleichzeitig der Stärkung der Zivilgesellschaft als Ansprechpartner zum Abbau von Konflikten und könnte das Interesse und Engagement an diesem Problem innerhalb der EU ausweiten. Auch das Feld für einen möglichen EU-Beitritt der Türkei würde dadurch gesellschaftlich vorbereitet werden. Soll die Stiftung ihren Zweck erfüllen, so müssen alle Konfliktparteien ungehindert am Dialog teilhaben können. Dafür sind die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Eine solche Stiftung kann später auch für die Dialog-Vermittlung in anderen Konflikten des Kontinents herangezogen werden und möglicherweise in Kooperation mit der OSZE ihre Schwerpunkte bestimmen.

5. Anregung und Förderung eines Programmes der Städtepartnerschaften und -kooperationen zwischen deutschen bzw. EU- Städten und Städten im Südosten der Türkei. Zusätzlich sollte das BMZ eine Zusammenarbeit mit Kommunen der Region weiter entfalten. Hierdurch würde sowohl die Anteilnahme Deutschlands bzw. der EU-Staaten, wie auch deren Hilfsbereitschaft signalisiert und praktiziert werden. Ausserdem würde eine bessere Kenntnis des jeweiligen Verständnisses und der Lebensumstände die Folge sein.

III. Veränderungen in der Politik gegenüber den Kurden, die in Deutschland leben

1. Gleichstellung der KurdInnen: Die Zahl der zur Zeit in Deutschland lebenden Kurden – ganz überwiegend aus der Türkei kommend – wird auf etwa 500 000 geschätzt. Sie sind zum Teil seit 30 Jahren bei uns und haben wie andere Immigrantengruppen einen großen Beitrag zur Entwicklung unseres Landes geleistet. Trotzdem sind sie immer noch nicht mit den anderen Immigrantengruppen gleichgestellt, sondern werden vornehmlich als Türken behandelt. In der Türkei wird die kulturelle Identität der KurdInnen systematisch unterdrückt und es werden damit ihre international anerkannten Rechte als nationale Minderheit mißachtet. Diese Praxis darf nicht auch für Deutschland gelten.

Mit der Anerkennung der KurdInnen als eigenständiger Bevölkerungsgruppe und der Umsetzung der sich daraus ergebenden Rechte – muttersprachlicher Unterricht, Rundfunk- und Fernsehsendungen in kurdischer Sprache, freie Namensgebung für kurdische Kinder und Einrichtung von Beratungs- und Betreuungszentren für KurdInnen usw. – würde die Benachteiligung der KurdInnen in Deutschland aufgehoben. Im Grunde muß nur der Bundestagsbeschluß vom 7. November 1991 (BT-Drucksache 12/1362) in die Tat umgesetzt werden. In ihm heißt es. „In der Bundesrepublik lebt eine große Gruppe von Kurden. Auch ihnen muß die Möglichkeit zur Bewahrung und Entfaltung ihrer kulturellen Identität gegeben werden.“ Gleichzeitig würde damit auch ein deutliches Signal an die türkische Regierung gegeben, sich für eine friedliche, politische Lösung der Kurdenfrage einzusetzen.

2. Bleiberecht für kurdische Flüchtlinge: Der türkisch-kurdische Krieg mit Grausamkeiten und Vertreibungen wie oder noch fürchterlicher als in Bosnien und im Kosovo prägt auch die spezifische Situation der KurdInnen in Deutschland. Flüchtlinge die aus Deutschland abgeschoben werden sollen, sind nachgewiesenermaßen in der aktuellen Gefahr, bei ihrer Rückkehr mißhandelt und gefoltert zu werden. In dem Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission (10/25) des Türkischen Parlaments wird die Annahme einer menschenrechtlich unbedenklichen Fluchtalternative in Frage gestellt. Deshalb müssen die Innenminister des Bundes und der Länder und die deutschen Behörden, die Kurden als Bürgerkriegsflüchtlinge anerkennen und/oder ihnen asylrechtlichen, zumindest aber einen Abschiebeschutz gewähren.

IV. Initiativen im internationalen Bereich

1. Es sind Konzepte zur Stärkung der Verständigung-, Schlichtungs- und Friedensschaffensfunktion der OSZE auszuarbeiten und in die OSZE zur Diskussion und möglichen Beschlußfassung einzubringen. Friedensforschung und spezialisierte Institute können dafür herangezogen werden. Bei solchen Reformvorschlägen ist an die ehemals vorgesehene Funktion der OSZE, wie sie in der Pariser Charta von 1990 formuliert wurde, anzuknüpfen. Im Rahmen der OSZE kann der gesamteuropäische Bereich einschließlich der USA und Kanadas angesprochen werden. Am Beispiel des türkisch-kurdischen Konfliktes könnten die hilfreichen Funktionen eines solchen nicht-militärisch bestimmten Bündnisses zum Nutzen aller erkundet und ausgeweitet werden.

2. Um der prekären Situation eine konstruktive Wendung zu geben, muß über den Tag hinaus orientiert werden. Das ferne Ziel kann durchaus eine Internationale Konferenz zur Türken-Kurden-Friedensproblematik sein. Aber sie wird nicht am Anfang stehen können. Die Ausarbeitung einer „Agenda für den EU-Beitritt einer friedlichen und demokratischen Türkei“ böte Ansatzpunkte für einen stufenweisen Prozess, der in sich schon einen Dialog Charakter produziert. Doch anscheinend ist bis heute keine gemeinsame friedenspolitische EU-Strategie entwickelt, geschweige denn praktiziert worden. Die EU und ihre Kommission ist deshalb zu beauftragen, eine Agenda für den Beitritt der Türkei zur EU im Sinne eines zeitlich und inhaltlich bestimmten Ablaufes der Annäherung zu entwerfen und umzusetzen. Dieses wäre ein Vorgang ähnlich den anderen Aufnahmeverfahren, bei dem jedoch mit aller Konkretisierung auch die unabdingbaren politischen, rechtlichen und friedenspolitischen Aspekte festzuschreiben sind. Dabei ist der Türkei eine feste Zusicherung zu geben, daß eine solche Agenda, wenn sie denn innegehalten wird, auch tatsächlich zu einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU führen wird.

Schlussbemerkung

Wer einen friedlichen Dialog mit den Kurden wünscht und den Flüchtlingsstrom einschränken möchte, muß sich um die Überwindung der Ursachen dieses Krieges bemühen. Viele Menschen in der Türkei, und zwar Kurden und auch Türken hoffen auf eine vermittelnde

Hilfe von aussen, von den USA, den EU-Staaten und nicht zuletzt von der Bundesrepublik Deutschland, die sich stets als Befürworter der Menschenrechte darstellen.

In der gegenwärtigen Situation besteht die Aufgabe ganz wesentlich darin, Strategien mit dem Ziel einer friedlichen politischen Lösung im türkisch-kurdischen Konflikt für Zivilgesellschaft und für Regierungs- und EU-Politik zu entwerfen und diese wie ein Bausteinsystem, dort wo es möglich ist, umzusetzen. Dabei ist nicht zu erwarten, daß Friedensstiftung und -vermittlung durch einen einmaligen Akt zu erreichen sind. Vielmehr geht es darum, von verschiedenen Akteuren und Ansätzen aus einen Prozeß ziviler Konfliktbearbeitung anzustoßen und damit auch die zunächst noch bestehenden Blockaden für einen Dialog zu überwinden.

Die hier ansatzweise formulierte Agenda kann

- den unabdingbaren Dialog über die Kurdenfrage trotz bestehender Blockaden als Europäischen Friedensdialog beginnen lassen;
- Sie eröffnet eine konkrete und konstruktive Perspektive für die kurdische Bevölkerung und die kurdischen Organisationen in Europa;
- Sie ermöglicht am konkreten Fall Türkei, die gegenseitigen Verhärtungen mit der Perspektive eines türkischen EU-Beitritts zu überwinden
- und eröffnet einen Weg für eine eigenständige EU-europäische Friedenspolitik.

Prof. Dr. Andreas Buro
Kordinator des Dialog-Kreises

Öffentlichkeitsarbeit

Pressemitteilungen und -konferenzen wurden in vielfältigen Zusammenhängen (z. B. zu Newroz, Nord-Irak, Prozesse gegen Menschenrechtler und Friedensaktivisten, Gleichstellung der KurdInnen usw.) erforderlich. Außerdem wurden etliche wichtige Dokumente und Erklärungen kurdischer und türkischer Friedens- und Menschenrechtsgruppen ins Deutsche übersetzt und veröffentlicht. Auch über die Aktivitäten dieser Gruppen haben wir immer wieder berichtet und ihre Erklärungen verbreitet, damit sie wissen, dass sie gehört werden. Des weiteren hat der Dialog-Kreis wichtige „offizielle“ türkische Dokumente auf deutsch verbreitet. Einige Beispiele:

Die Vormachtstellung der Armee

Die beiden mit der islamischen Gefahr begründeten **Ultimaten der Armeespitze an die Erbakan-Regierung vom 28. Februar 1997** bzw. ein Jahr danach an die Yilmaz-Regierung vom 20. März 1998 wurden hier in Deutschland verbreitet, damit die wahren Machtstrukturen in der Türkei verstanden werden.

Außerdem wurde eine Zusammenfassung der „**Geheimen Verfassung**“ der Türkei übersetzt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

In diesem Dokument mit der Bezeichnung „**Politikdokument der Nationalen Sicherheit – Milli Güvenlik Siyaset Belgesi**“, werden die Grenzen der offiziellen Verfassung definiert und festgelegt, welche Tabus im Staat herrschen und wer als Feind zu gelten hat. Das

„Politikdokument der Nationalen Sicherheit“ gilt in der Türkei als „Geheime Verfassung“ des wahren Machtzentrums des Staates.

Alle Spuren führen zum Nationalen Sicherheitsrat (MGK)

In seinen Publikationen hat der Dialog-Kreis ausführlich über den **Susurluk-Unfall am 3. November 1996** berichtet. Ein Parlamentsausschuss wurde eingesetzt. Später wurde zusätzlich vom damaligen Ministerpräsidenten Yılmaz ein Sonderberichterstatter ernannt, der diesem seinen Bericht am 12. Januar 1998 übergab. Der Bericht wurde später teilweise veröffentlicht. Die „**Staatsgeheimnisse**“ blieben allerdings der Öffentlichkeit vorenthalten.

Über drei Jahre nach Veröffentlichung des Berichtes liefen die Bandenmitglieder und Killer noch immer frei herum. Indessen kamen zwei Mitglieder des Untersuchungsausschusses, Mehmet Bedri Incehtahtaci und Akman Akyürek bei mysteriösen Autounfällen ums Leben. Zwei weitere Mitglieder des Parlamentsausschusses, Elkatmis von der Tugendpartei, und Saglar von der sozialdemokratischen CHP sagen, dass alle Spuren und Hinweise zum Nationalen Sicherheitsrat führen und dass sie Angst haben, getötet zu werden. Die Berichte über den Susurluk-Komplex sind ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis der Lage in der Türkei.

Unterstützung der Initiativen in der Türkei und in Kurdistan

„**Eine Million Unterschriften für den Frieden**“ war das Motto einer Unterschriftenkampagne, die von **Ende 1996 bis Mai 1997** von einer Gruppe friedensbewegter Menschen in der Türkei – darunter viele Intellektuelle, Künstler, Schriftsteller und Politiker – durchgeführt wurde. Die Koordination dieser ersten wichtigen Initiative für Frieden lag beim Rechtsanwalt **Esber Yagmurdereli**, der zur Zeit noch im Gefängnis sitzt. Innerhalb kürzester Zeit wurden tatsächlich über 1 Mio. Unterschriften gesammelt und dem Parlament übergeben. Der Dialog-Kreis unterstützte diese Arbeit und versuchte Öffentlichkeit im deutschsprachigen Raum zu schaffen.

Samstagsmütter

Am Samstag, dem **27. Mai 1995**, kamen zum ersten Mal die weinenden Mütter, die schwarz gekleideten Frauen und die Kinder mit suchenden und fragenden Augen in Istanbul zusammen. Sie versammelten sich vor dem Galatasaray Lisesi (Gymnasium) und folgten damit dem Beispiel der Mütter von der „Plaza de Mayo“, die in Argentinien ihre Söhne, Töchter, Männer, Väter und Mütter suchen. Der Tod kann vergessen werden, aber die von der Polizei und Gendarmerie verschleppten und später als „Verschwundene“ deklarierten Angehörige zu vergessen, den Tätern zu vergeben, das können nicht viele schaffen. Fast an jedem Samstag wurden die Samstagsmütter von der Polizei geprügelt und misshandelt. Trotzdem haben sie nicht aufgehört, Öffentlichkeit zu schaffen. Im **Mai 1999** ging die Aktion der Mütter wegen eines behördlichen Versammlungsverbots vorerst zu Ende.

Die Offiziellen reden von 676, die Angehörigen und der Menschenrechtsverein von über 2.000 „Verschwundenen“, und die Akten bei den Gerichten in den kurdischen Städten sprechen sogar von über 10.000 „Verschwundenen“.

Am **5. Mai 2000** wurde eine Delegation aus der **Sprecherin der Samstagsmütter**, Nimet Tanrikulu, Mitgliedern des Flüchtlingsrates und anderen Flüchtlings- und Dialog-Organisationen, darunter auch Andreas Buro, von der **Vizepräsidentin des Landtags von NRW**, Frau Dr. Kathrin Grüber empfangen. Dabei wurde mit großer Anteilnahme und ausführlich die Arbeit der Samstagsmütter vorgestellt und gewürdigt. Der Dialog-Kreis versuchte immer wieder nach seinen Möglichkeiten, die Samstagsmütter zu unterstützen, und ihnen hier Gehör zu verschaffen.

Attentat auf die Symbolfigur der Menschenrechtler Akin Birdal

Es geschah am **12. Mai 1998** um die Mittagszeit im Stadtzentrum von Ankara: am hellichten Tag fielen 13 Schüsse auf den Vorsitzenden des **Menschenrechtsvereins (IHD)**, **Akin Birdal**. Nachdem der Staat und gelenkte Medien ihn und weitere Menschenrechtsaktivisten zur Zielscheibe erklärt und eine Hetzkampagne gestartet hatten, setzte ein Killerkommando den Auftrag in die Tat um. Inzwischen sind die Killer gefasst. Nicht gefasst sind die Hintermänner.

Das Opfer Birdal sitzt wegen „Aufstachelung zum Rassenhass“, er hatte über die Möglichkeit einer friedlichen politischen Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts gesprochen, derzeit selber auch im Gefängnis, obwohl er wegen der gesundheitlichen Folgeschäden des Attentats dringend einer Therapie bedarf. In Briefen, Presseerklärungen und Gesprächen hat sich der Dialog-Kreis ständig mit dem IHD, mit Birdal und weiteren Menschenrechtsaktivisten solidarisiert und sie unterstützt.

Aktionen aus der Zivilgesellschaft

Unterstützt haben wir auch die Aktion „**1 Minute Dunkelheit für dauerhafte Helligkeit**“, die vom **1. Februar bis zum 23. April 1997** in der Türkei stattfand. Nach einer Umfrage von dem Umfrageinstitut MORI nahmen 34,8 % der Bevölkerung (ca. 23 Mio. Menschen) daran teil. Ziel dieser Finsternisaktion war es, sich für einen demokratischen, modernen und durchsichtigen Rechtsstaat einzusetzen und mit Nachdruck für die Verurteilung von Banden einzutreten. Dies war die erste und breiteste zivile Aktion der BürgerInnen aus allen gesellschaftlichen Schichten.

Zu den wichtigsten zivilgesellschaftlichen Aktionen gehörte auch die „**Deklaration zu Demokratie und Frieden**“. Sie wurde am **14. September 1999** in Diyarbakir der Presse und Öffentlichkeit vorgestellt. Die 7 Punkte umfassende Deklaration wurde von VertreterInnen von **223 Nichtregierungsorganisationen**, Berufsverbänden und politischen Parteien, von Menschenrechtsgruppen bis Arbeitgeberverbänden, von Gewerkschaften bis Handelskammern, einem repräsentativen Spektrum der Gesellschaft in den 19 Provinzen der kurdischen Gebiete unterzeichnet und ist in ihrer Konstellation

einmalig. 223 NGOs sagen: „Wir fordern, dass die Waffen schweigen, dass kein geschwisterliches Blut von Kurden und Türken mehr fließt und dass die gemeinsamen Leiden gelindert werden. Wir erklären der Öffentlichkeit, dass wir jede friedliche, gewaltfreie Initiative, die zur Lösung unserer gesellschaftlichen Probleme ergriffen wird, unterstützen.“ Diese sehr wichtige Erklärung wurde vom Dialog-Kreis übersetzt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Eine Woche vorher, am **6. September 1999**, erregte einer der obersten Richter der Türkei mit einer an den Fundamenten der türkischen Republik rüttelnden Rede Aufsehen, in der er sagte, dass die Türkei zwar eine Verfassung habe, aber dennoch kein Verfassungsstaat sei. In der alljährlich stattfindenden **Eröffnungsrede** des Ersten Vorsitzenden des Kassationshofes, **Dr. Sami Selcuk**, zum neuen Gerichtsjahr, zu der die Staatsspitze vollzählig zu erscheinen hatte, hieß es: „Die Zeit zu einer Änderung der Verfassung ist gekommen. Dies ist eine ähnlich bahnbrechende Arbeit, wie sie das erste republikanische Parlament geleistet hatte, das die Weichen der modernen Türkei gestellt hat“. Die meisten Zuhörer indes hatten Selcuks Rede mit versteinerten Mienen verfolgt. Der Dialog-Kreis hat die wichtigsten Teile dieser Rede sogleich ins Deutsche übersetzt und in den Nützlichen Nachrichten sowie in Broschüren abgedruckt.

Appell für Demokratie, Menschenrechte und die politische Lösung der kurdischen Frage

60 namhafte Schriftsteller, Künstler und Nobelpreisträger aus aller Welt, darunter auch Günter Grass (Nobelpreisträger für Literatur 1999/Deutschland), Nadine Gordimer (Nobelpreisträgerin für Literatur 1991/Südafrika), Ingmar Bergman (Regisseur/Schweden), Costa-Gavras (Regisseur/Frankreich), Harold Pinter (Schriftsteller/Großbritannien), Jose Saramago (Nobelpreisträger für Literatur 1998/Portugal), Arthur Miller (Schriftsteller/USA), Elie Wiesel (Friedensnobelpreisträger 1986/USA), Moris Farhi (Generalsekretär des englischen PEN-Clubs/Großbritannien) haben einen **Appell an die Adresse der Türkei** gerichtet und die Lösung der Kurdenfrage gefordert: „Mit Gewalt ist weder die Türkisierung der Kurden zu realisieren noch wird sie den Kurden zu ihren Rechten verhelfen. Die Türkei muss nun mit einem für die gesamte Welt und das neue Jahrhundert beispielhaften Schritt die kurdische Frage lösen, indem sie ihre kurdischen Staatsbürger in ihren eigenen Rechten wahrnimmt.“ Diese neue Initiative der Intellektuellen wurde am **11. Oktober 1999** auf einer Pressekonferenz in Istanbul der Öffentlichkeit von Yasar Kemal, Ahmet Altan, Orhan Pamuk, Zülfü Livaneli und Mehmed Uzun vorgestellt. Der Appell der Intellektuellen wurde in Deutschland auch vom Dialog-Kreis verbreitet.

Einen Monat später, am **7. November 1999** forderten **73 namhafte Persönlichkeiten** aus Politik, Kultur, Wissenschaft, aus Menschenrechts- und Friedensarbeit, aus unterschiedlichen Glaubensrichtungen, Linke und Konservative, Liberale und Marxisten, Vertreter aus mindestens 7 Parteien und mehreren Gewerkschaften, zahlreiche Abgeordnete, Schriftsteller und Wissenschaftler, Türken und Kurden gemeinsam Hand in Hand in

einer „**Abschlussklärung der Versammlung der „Initiative zur Demokratisierung“**“ eine friedliche Lösung der Kurdenfrage und die Demokratisierung des Landes. Sie wurde ebenfalls ins Deutsche übersetzt und der deutschen Öffentlichkeit vorgestellt.

Buchreihe zur Gedankenfreiheit

Alles begann im Jahre **1995**. Der Spiegel veröffentlichte einen Artikel des weltbekannten Schriftsteller Yasar Kemal über den schmutzigen Krieg in Kurdistan. Gleich nach der Veröffentlichung im Januar wurde er zum Staatssicherheitsgericht in Istanbul bestellt. Aus Solidarität mit dem Schriftsteller und um die Gesellschaft von solchen beschämenden Maßnahmen zu befreien, erklärten sich **1.080 Intellektuelle** bereit, strafrechtlich verfolgte Schriften in einem Buch zu veröffentlichen, sich selbst anzuzeigen und somit die Strafverfolgungsbehörden in ihrer Absurdität vorzuführen. Diese einmalige zivile Aktion ist unter der Regie des Komponisten **Sanar Yurdatapan** entstanden. Die erste Selbstanzeigeaktion dauerte zweieinhalb Jahre. In der Schriftenreihe zur Gedankenfreiheit erschienen inzwischen 44 Publikationen. Das letzte unter dem Titel „Gedankenfreiheit 2000“ erschienene Buch enthält 60 „verurteilte“ Artikel und kam im **April 2000** in Istanbul heraus. Gleich nach der Veröffentlichung wurden gegen alle Herausgeber Verfahren eingeleitet.

Der Dialog-Kreis solidarisierte sich in den vergangenen Jahren immer wieder mit verfolgten Menschenrechtlern und Friedensaktivisten, gab Stellungnahmen und Presseerklärungen ab, schrieb Briefe an Regierungsstellen und Politiker und berichtete darüber in den Nützlichen Nachrichten. Einer, der hier genannt werden muss, ist **Ismail Besikci**, der 17 Jahre in türkischen Gefängnissen gesessen hat und der sich damals im Genuss einer Freiheit auf „Urlaub“ befindet. Die Bedingung: er ist für 5 Jahre zum Schweigen verpflichtet.

Tagungen, Seminare, Veranstaltungen, Stellungnahmen und Pressekonferenzen

- Der **Aufruf** „Krieg in der Türkei – Die Zeit ist reif für eine politische Lösung“ wurde am 30. März 1995 von Heidi Alm-Merk (Justizministerin Niedersachsen), Andreas Buro, Yilmaz Karahasan (Vorstand der IG Metall) und Cem Özdemir (MdB) in Bonn bei einer **Pressekonferenz** der Öffentlichkeit vorgestellt.
- Das **Friedensmanifest** zum Antikriegstag am **1. September 1995** von Yasar Kemal (Schriftsteller), Melik Firat (Parlamentarier), Münir Ceylan (Gewerkschafter) und Ercan Kanar (Menschenrechtler) wurde übersetzt und verbreitet.
- Auf Einladung des Dialog-Kreises, des Kulturforums Deutschland/Türkei und in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung kam eine aus Vertretern verschiedener Friedensinitiativen bestehende **Delegation** aus der Türkei vom **5.–9. Dezember 1995** in die Bundesrepublik. Zu der Delegation gehörten Prof. Dr. Dogu Ergil, Dr. Haluk **Gerger**, Münir **Ceylan**, Feridun **Yazar**. Es wurden mehrere Veranstaltungen in Bonn und Köln, eine **Wochenendtagung** in Overath, **Gespräche** mit allen im **Bundestag** vertretenen

- Parteien und dem **Auswärtigen Amt** geführt und eine Pressekonferenz durchgeführt.
- **Pressekonferenz** gemeinsam mit Claudia Roth, RA Dr. Reinhard Marx und Andreas Buro zum **Newroz-Fest** und zu Verbotsverfügungen der Veranstaltungen am **21. März 1996**.
 - Klaus **Bednarz**, Mitunterzeichner unseres Aufrufes, kommentierte und kritisierte in den Tagesthemen der **ARD Mitte März 1996** die kurdischen Krawalle anlässlich der Newroz-Demonstrationen. Sein Schlussgedanke, dass so wie heute die PKK einst auch die PLO und der ANC Südafrikas nur als Terrorismus-Organisationen betrachtet worden seien, hat wahrscheinlich die türkische Tageszeitung **Hürriyet** zu einer Kampagne gegen Bednarz bewogen, um „**dem Kommentator eine Lektion zu erteilen**“. Man solle an Bednarz schreiben, faxen und telefonieren und kräftigen Protest laut werden lassen. In der Tat haben sich darauf Tausende Zuschauer gemeldet. In der Mehrzahl, so Bednarz, waren dies jedoch Sympathiebekundungen für seinen Kommentar und nicht Proteste. Mehmet Sahin hat die Artikel und Aufrufe der genannten Hetzkampagne von Hürriyet ins Deutsche übersetzt und sowohl Dr. Bednarz, als auch der deutschen Öffentlichkeit zugänglich gemacht.
 - Der türkische Wissenschaftler Dr. Fikret **Baskaya** kam in der ersten Hälfte des Monats **Mai 1996** auf Einladung von Tüday und des Dialog-Kreises in die Bundesrepublik. Mit ihm wurden mehrere **Veranstaltungen** im Bundesgebiet, darunter auch in Köln und Bonn organisiert und **Gespräche** mit allen **Bundestagsfraktionen** und mit dem **Auswärtigen Amt** geführt.
 - **Wochenendtagung** in Overath: „**Rolle ziviler kurdischer und türkischer Kräfte im Friedensprozess**“. Auf Einladung vom Dialog-Kreis, vom Kulturforum Türkei/Deutschland, von der Kurdischen Gemeinde und in Zusammenarbeit mit dem Verein für politische Bildung und der Heinrich-Böll-Stiftung trafen sich am Wochenende vom **7.–9. Juni 1996** in Overath **Vertreterinnen politischer Parteien** und Organisationen mit einer Spannweite von der sozialdemokratisch-kemalistischen CHP bis zur islamistischen Wohlfahrtspartei (RP) mit türkischen, kurdischen und deutschen WissenschaftlerInnen und RepräsentantInnen demokratischer, kultureller, menschenrechtlicher und friedenspolitischer Gruppen. Es galt, die mögliche Rolle ziviler Kräfte bei der Förderung des Friedensprozesses in der Türkei trotz aller Unterschiede zu besprechen.
 - Pressemitteilung „**Keine Gewalt** gegen türkische Einrichtungen in Deutschland – **humanitäre Haftbedingungen** für die kurdischen und türkischen politischen Häftlinge in der Türkei“ am **24. Juli 1996**.
 - Am **26. August 1996** forderten **50 gesellschaftliche Organisationen** aus den kurdischen Provinzen mit einer **Erklärung** eine friedliche Lösung der Kurdenfrage. Diese Erklärung wurde übersetzt und durch eine **Pressemitteilung** am **3. September 1996** verbreitet und an die Bundesregierung weitergeleitet.
 - **Tagesseminar**: „**Ignorieren ist noch keine Toleranz**“. Gemeinsam mit der VHS Köln und WIR e.V. wurde am **7. September 1996** bei einem Tagesseminar versucht, die Ursachen, Folgen und Auswirkungen des Konfliktes in der Türkei aufzuzeigen und somit zum friedlichen Zusammenleben der Türken, Kurden und Deutschen in der Bundesrepublik beizutragen, das bedroht wird einerseits durch politische Intoleranz und Ausländerfeindlichkeit, andererseits aber auch durch Konflikte, die ihren Ursprung in den Herkunftsländern von MigrantInnen haben.
 - Unter dem Titel „**Auswirkungen des Krieges auf den Demokratisierungsprozess in der Türkei**“ wurde am **19. Dezember 1996** eine **Diskussionsveranstaltung** in der VHS Köln durchgeführt. Mitwirkende waren Sanar Yurdatapın, Dr. Haluk Gerger, Varlık Özmenek und Andreas Buro. Veranstalter waren der Dialog-Kreis, Tüday und die VHS Köln. Außerdem wurden mit den Gästen aus der Türkei mehrere Veranstaltungen im Bundesgebiet organisiert und **Gespräche** mit dem Auswärtigen Amt und Politikern geführt.
 - „**Ein zweites Zypern in Nord-Irak?**“ Unter dieser Überschrift wandte sich der Dialog-Kreis am **28. Mai 1997** mit einem **Brief** und einer Stellungnahme an die **NATO-Parlamentarier** sowie die **Regierungschefs** und **Außenminister** der NATO. Darin heißt es u.a.: „Als 1990 irakische Truppen sich anschickten, in Kuwait einzudringen, hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschlossen, alle geeigneten Mittel anzuwenden, um diese Militärinvasion abzuwenden und die Souveränität Kuwaits zu schützen. Am 14. Mai 1997 sind türkische Truppen (...) bis zu 200 km tief in den Irak eingedrungen, um dort kurdische Guerilla zu bekämpfen. Das Invasionsgebiet ist eine UN-Schutzzone für im Irak lebende Kurden. (...) Die Türkei ist ein NATO-Staat. Sie hat bisher bereits einen Teil Zyperns besetzt und de facto dauerhaft in Besitz genommen. Die NATO hat dies hingenommen und führende NATO-Staaten haben trotz dieses internationalen Unrechts weiterhin die Türkei mit Waffen versorgt und durch finanzielle Militärhilfen unterstützt. Im Nord-Irak findet nun wiederum eine vergleichbare Besetzung statt, die von der NATO hingenommen wird. Durch diese Haltung wird die NATO zu einer Vereinigung, die offensichtlich internationales Unrecht deckt und langfristig fördert“.
 - In Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Friedenskooperative hat sich der Dialog-Kreis im **Mai und Juni 1997** maßgeblich an einer **Postkarten-Protestaktion** beteiligt, die sich gegen die **Invasion** türkischer Truppen in **Irakisch-Kurdistan** richtete. Es wurden allein 100.000 Karten als taz-Beilage verbreitet.
 - Der Dialog-Kreis versteht seine Arbeit als einen Teilbeitrag zu vielfältigen internationalen Bemühungen um eine politische Lösung, die z. T. auch in gemeinsame internationale Aktionen und Veranstaltungen münden können. In diesem Sinne wollten sich Personen aus dem Dialog-Kreis an einer **Konferenz** im **Mai 1997 in Ankara** beteiligen, die unter der Schirmherrschaft von **Danielle Mitterrand** stand und sich der friedlichen Lösung des Kurdenproblems im Rahmen der Türkei widmen sollte. Die Konferenz wurde kurzfristig von den türkischen Behörden verboten. Vielfältige **Gespräche** in **Ankara** und **Diyarbakir** waren jedoch möglich.

- Bei einem **internationalen ökumenischen Treffen** in **Graz** vom **23.–29. Juni 1997** gaben Vertreter des Dialog-Kreises Auskunft.
- Pressemitteilung am **26. August 1997**: „Auswärtiges Amt für eine politische Lösung, doch Kanther mobilisiert Grenzschutz gegen **Friedenszug**“.
- Pressemitteilung zur **Erklärung der Initiative Meinungsfreiheit** in der Türkei am **10. November 1997**. Die Erklärung wurde übersetzt und beigeheftet.
- Am **12. Januar 1998** wurde gemeinsam mit amnesty international, der Evangelischen Kirche im Rheinland und Pro Asyl eine **Pressekonferenz** zum Thema **„Flucht aus kurdischen Gebieten“** durchgeführt und hierzu eine Presseerklärung „Nicht die kurdischen Flüchtlinge verfolgen, sondern die Fluchtursachen beseitigen“ herausgegeben.
- Zusammen mit der Pressemitteilung „Vergangenheit und Gegenwart haben uns gezeigt, dass Gewalt das Kurdenproblem nicht lösen kann“ wurde am **25. Januar 1998** eine diesbezügliche **Erklärung der kurdischen Eliten** verbreitet.
- Einen Monat später, am **12. Februar 1998**, fand in der VHS Köln eine **Podiumsdiskussion** zum Thema **„Kurden auf der Flucht? Was kann getan werden?“** statt. Mitgewirkt haben dabei Ruprecht Polenz, CDU, Uta Zapf, SPD, Amke Dietert-Scheuer, B90/Die Grünen und Dr. Gregor Gysi, PDS. Moderiert wurde von Andreas Buro.
- **„Kräfte und Gegenkräfte der Demokratisierung in der Türkei“** war der Titel einer weiteren Veranstaltungsreihe des Dialog-Kreises mit Tüday und der Friedensbrücke.
Nach dem **Susurluk**-Skandal eröffnete sich der Öffentlichkeit die Sicht auf den katastrophalen Zustand der politischen Eliten und das Beziehungsdreieck Politik, Mafia und Sicherheitskräfte. Gleichzeitig meldeten sich gesellschaftliche Kräfte wie Gewerkschaften, demokratische, außerparlamentarische Organisationen, Unternehmer- und Berufsverbände, Intellektuelle, Journalisten und viele mehr zu Wort, die für die Rechtsstaatlichkeit, Demokratisierung und für eine Beendigung des Krieges eintreten. Mit Prof. Dr. Mehmet **Altan** und RA **Ergin Cinnen** wurden diese Fragen erörtert. Am **3. April 1998** fand eine **Veranstaltung** in Köln statt. Fortgesetzt wurden die Aktionen mit **Gesprächen im Bundestag**, im **Auswärtigen Amt** und weiteren Veranstaltungen in NRW und in Belgien.
- Der **Untersuchungsbericht** des türkischen Parlamentes **zur Zerstörung der Dörfer und Lebensgrundlagen** sowie zur **Vertreibung von Millionen Kurden** wurde am **24. Juni 1998** auf einer **Pressekonferenz** in Bonn der Öffentlichkeit vorgestellt. Mitgewirkt haben dabei der Ausschussvorsitzende Hasim Hasimi, Andreas Buro und Mehmet Sahin vom Dialog-Kreis, Jörn-Erik Gutheil von der Evangelischen Kirche im Rheinland und Heiko Kauffmann von Pro Asyl.
- **Presseerklärung** am **15. September 1998**: „Die europäischen Staaten und die USA sind gefordert, sich jetzt für den **Frieden in der Türkei** einzusetzen“.
- **Presseerklärung** am **7. Oktober 1998**: „**Statt Kriegsdrohung gegen Syrien**, Frieden mit den Kurden in der Türkei“.
- Eine **Delegation der Menschenrechtsstiftung** (TIHV), bestehend aus dem Vorsitzenden Yavuz Önen und 3 weiteren Vorstandsmitgliedern, bereiste ab dem 9. November 1998 für 5 Tage die Bundesrepublik. Der Dialog-Kreis veranstaltete am **13. November 1998** mit Tüday und der Friedensbrücke eine **Informationsveranstaltung** in Köln.
- **„Frieden mit Kurden in der Türkei und Gleichstellung der Kurden hier“** war der Titel einer **Pressekonferenz** am **19. November 1998** in Bonn. Mitgewirkt haben dabei Claudia Roth, Manfred Stenner und Andreas Buro.
- Ebenfalls am **19. November 1998** gab der Dialog-Kreis eine **Erklärung** heraus mit der Überschrift **„Statt Siegerjustiz dem Frieden eine Chance geben**. Die europäischen Staaten und die USA sind aufgefordert.“
- **„Bundeskanzler** soll anlässlich des Besuches des italienischen Ministerpräsidenten **Initiative zur Beilegung der Kurdenfrage** ergreifen“ war die Überschrift einer **Pressemitteilung** des Dialog-Kreises vom 25. November 1998.
- Unter der Überschrift **„Die EU-Präsidentschaft für eine Friedensinitiative in der Kurdenfrage** nutzen. Der Dialog-Kreis warnt vor einer dramatischen Entwicklung, wenn der Westen nicht handelt“ haben wir am **8. Januar 1999** mit einer **Pressemitteilung** an die **Bundesregierung** appelliert.
- Am **9. Februar 1999** veranstaltete der Dialog-Kreis zusammen mit der Friedensbrücke, dem Netzwerk Friedenskooperative und Pro Humanitate eine **Podiumsdiskussion** mit Rudolf Bindig (SPD), Ruprecht Polenz (CDU), Claudia Roth (B90/Die Grünen) und Ulla Jelpke (PDS) zum Thema: **„Beitrag der Bundesrepublik zur friedlichen Lösung der Kurdenfrage?“**. Die Moderation übernahm Mani Stenner. Andreas Buro hielt das Einführungsreferat.
- **Pressemitteilung** am **16. Februar 1999**: **„Öcalans Entführung: Beihilfe zum Frieden, nicht Kriminalisierung der Kurden!“**
- Am **18. Februar 1999** Verbreitung des **Aufrufes der Demokratischen Plattform** zum Newroz-Fest.
- Herausgabe eines **Vorschlagspapiers** am **19. Februar 1999**: „Wie weiter nach der Öcalan-Entführung und den Kurden-Protesten? Vorschläge für eine deutsche und europäische **Friedensagenda** in Hinblick auf den türkisch-kurdischen Konflikt.“
- **Pressekonferenz** am **19. Februar 1999** nach der **Auslieferung Öcalans** in die Türkei mit Claudia Roth, Angelika Beer, Andreas Buro und Mehmet Sahin in Bonn.
- Zu **Besuch** in Bonn war auch eine **Vertreterin** der pro-kurdischen **HADEP**-Partei. Der Dialog-Kreis hat in der letzten Februarwoche des Jahres 1999 ein Mitglied des Vorstandes der HADEP zu **Gesprächen** mit Abgeordneten aller **Bundestagsparteien** und Beamten des **Auswärtigen Amtes** und des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (**BMZ**) eingeladen und die Ziele der Partei am **25. Februar 1999** auf einer **Pressekonferenz** vorgestellt, an der Sevhair Bayindir, Heiko Kauffmann und Andreas Buro teilnahmen. HADEPs wichtigste politische Anliegen sind die Lösung der

- Kurdenfrage und eng damit verbunden die Förderung der Demokratisierung in der Türkei.
- **Fachsymposium zu einer europäischen Friedensinitiative.** Der Dialog-Kreis, IPPNW und das Netzwerk Friedenskooperative haben am **22. April 1999** in der Niedersächsischen Landesvertretung in Bonn im Rahmen eines **Symposiums** drei Fachgespräche mit ExpertInnen aus Wissenschaft, Politik und aus kurdischen und türkischen Verbänden und Institutionen geführt. Die Themen: 1. Beitrag der Bundesregierung zu einer friedlichen Lösung der Kurdenfrage, 2. Aspekte einer EU-Agenda für Frieden, Demokratisierung und Integration bezogen auf die Türkei und 3. Politische Handlungsempfehlungen für die türkische und kurdische Seite. Die Ergebnisse wurden als Broschüre herausgegeben. Ein **Aide-mémoire**, das an viele Mitglieder der Bundesregierung und des Bundestages gesandt wurde, beruhte zum Teil bereits auf den Ergebnissen dieser Fachgespräche.
 - Ab dem **25. Mai 1999** veranstaltete **kein mensch ist illegal** in Köln drei **Podiumsdiskussionen** zu den Themen „Gute Kriege – Schlechte Kriege“, „Gute Flüchtlinge – Schlechte Flüchtlinge“ und „Gute Guerilla – Schlechte Guerilla“, an denen auch Mehmet Sahin teilnahm und referierte.
 - **Die Türkei – Ein Land sucht seinen Weg.** Die **Evangelische Akademie Loccum** veranstaltete in Kooperation mit dem Deutschen Orient-Institut Hamburg und unterstützt u.a. vom Dialog-Kreis vom **25.–27. Juni 1999** eine **Internationale Tagung** mit namhaften Personen und Experten aus der Türkei und Deutschland. Auf der Tagung wurden die Menschenrechtslage, Demokratisierung, Kurdenfrage, religiöse Gegensätze zwischen Sunniten und Aleviten und Laizismus thematisiert.
 - **Vorschläge** an die **Bundesregierung** zu einer **Friedensagenda** für den türkisch-kurdischen Konflikt am **28. Juni 1999**.
 - Etwa **30 Organisationen der Friedensbewegung** wandten sich am **16. Juli 1999** an **Außenminister Fischer** vor dessen **Reise** in die Türkei: „Die friedliche Lösung der Kurdenfrage kann den Weg der Türkei in die EU öffnen.“
 - **Politisches Nachtgebet** in der Antoniterkirche in Köln. Das Nachtgebet wurde zusammen mit der Evang. Gemeinde Köln und dem Ausländerausschuss des Evang. Stadtkirchenverbandes organisiert und fand am **1. Oktober 1999** statt.
 - **Presseerklärung 26. Oktober 1999** „**Nicht Panzer, sondern Frieden** in die Türkei **exportieren**“.
 - Das **Wanderkirchenasyl** in NRW, das seit zwei Jahren unter Beteiligung von über 400 in die Illegalität getriebenen KurdInnen besteht und von Dutzenden von Kirchengemeinden aktiv unterstützt wird, organisierte am **12. November 1999** eine **Veranstaltung** in Köln, auf der die Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD in Istanbul, Rechtsanwältin Eren Keskin, und Mehmet Sahin vom Dialog-Kreis über die Lage in der Türkei und bei Abschiebungen drohende Gefahren referierten.
 - „Eine **offene Bitte** an jede Organisation, Gruppe und Person jetzt zu handeln. Man muss die **Friedenshand**
- der Kurden** ergreifen! Wir bitten Sie um Ihre politische Initiative“ vom **14. November 1999**.
 - **Pressekonferenz am 7. Dezember 1999** in Frankfurt zum Thema „**EU-Kandidatur und Friedensprozess in der Türkei**“, mit Prof. Dr. Ulrich Gottstein, IPPNW, Heiko Kauffmann, Pro Asyl, dem Verteidiger von Öcalan RA Irfan Dündar und Prof. Dr. Andreas Buro.
 - Auf Einladung des Dialog-Kreises haben sich am **8. Dezember 1999** um die **30 deutsche Organisationen** mit einem **Appell zum Friedensprozess** in der Türkei an das **EU-Gipfeltreffen in Helsinki** gewandt.
 - Teilnahme von Andreas Buro an einem Treffen in Frankfurt am **15. Februar 2000** auf Einladung von **Pro Asyl** mit den an der Kurdenfrage interessierten Flüchtlingsorganisationen.
 - **Offener Brief vom 22. Februar 2000** an **Bundeskanzler Schröder** und **Außenminister Fischer** zur Verhaftung von drei kurdischen Bürgermeistern, zur Gleichstellung der Kurden, zum Friedensprozess und zu einer Amnestie sowie zur Aufhebung des PKK-Verbots.
 - Am **6. März 2000** Zusammenstellung von **Materialien** über die **Benachteiligung der Kurden** in Deutschland auf Wunsch der **Bundesregierung**.
 - Am **22. März 2000 Gespräch** zwischen Pater Wolfgang Jungheim und Mehmet Sahin vom Dialog-Kreis mit **Vertretern des Innenministeriums von Rheinland-Pfalz** bezüglich der **Abschiebungen**. Vor diesem Gespräch fand eine Pressekonferenz zum gleichen Thema statt.
 - **Veranstaltung** der Jusos in Köln am **29. März 2000** über die Lieferung von Leopard-2-Panzern in die Türkei mit Winfried Nachtwei MdB und Mehmet Sahin.
 - **Potsdamer Frühjahrsgespräche: Die Türkei ante portas der EU.** Vom **13.–15. April 2000** hatte die **Stiftung Entwicklung und Frieden** Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Friedensorganisationen und Politik nach Potsdam eingeladen, um über den angestrebten **Beitritt der Türkei zur EU** zu diskutieren. Kurden und Türken waren ebenso eingeladen, wie EU-Europäer und Wissenschaftler aus den USA. Leider waren wie öfters keine Vertreter der PKK oder der HADEP dabei.
 - Am **12. Mai 2000** fand in Berlin ein von der **Heinrich-Böll-Stiftung** veranstaltetes **Fachgespräch Türkei** zu den politischen Diskussionen und Perspektiven nach dem EU-Gipfel von Helsinki statt. Nicht eingeladen waren auch hier Vertreter von HADEP und aus der PKK nahestehenden Organisationen.
 - **Veranstaltung** von Tüday und dem Dialog-Kreis mit Prof. Dr. Bakir **Caglar** am **4. Juni 2000** in Köln, zum Thema „Die Türkei auf dem Weg in die EU, Hausaufgaben – Erwartungen“.
 - Am **7. Juni 2000** wurde ein **Memorandum** von Gruppen der deutschen Friedensbewegung veröffentlicht, in dem über 30 Organisationen gemeinsam „**Weichenstellungen im türkisch-kurdischen Konflikt**“ fordern.
- Obwohl hier viele Aktivitäten des Dialog-Kreises aufgeführt worden sind, ist die obige Auflistung dennoch nicht vollständig.

Die Gleichstellung der hier lebenden Kurden, Abschiebung kurdischer Flüchtlinge und das PKK-Verbot

In einem Offenen Brief hat der Dialog-Kreis am 19. November 1998 anlässlich der Innenministerkonferenz in Bonn an die Innenminister des Bundes und der Länder appelliert, die Kurden mit anderen Migranten-Gruppen gleichzustellen, keine Flüchtlinge abzuschieben und das contraproduktive PKK-Verbot aufzuheben.

Darin heißt es:

„Die Zahl der zur Zeit in Deutschland lebenden – ganz überwiegend aus der Türkei kommenden – Kurden wird auf etwa 500.000 geschätzt. Sie sind zum Teil seit 30 Jahren bei uns und haben wie andere Immigrantengruppen einen großen Beitrag zur Entwicklung unseres Landes geleistet. Trotzdem sind sie immer noch nicht mit den anderen Immigrantengruppen gleichgestellt, sondern werden vornehmlich als Türken behandelt. In der Türkei wird die kulturelle Identität der KurdInnen systematisch unterdrückt und es werden damit ihre international anerkannten Rechte als nationale Minderheit missachtet. Diese Praxis darf nicht auch für Deutschland gelten.

Mit der Anerkennung der KurdInnen als eigenständiger Bevölkerungsgruppe und der Umsetzung der sich daraus ergebenden Rechte – muttersprachlicher Unterricht, Rundfunk- und Fernsehsendungen in kurdischer Sprache, freie Namensgebung für kurdische Kinder, Einrichtung von Beratungs- und Betreuungszentren für KurdInnen usw. – würde die Benachteiligung der KurdInnen in Deutschland aufgehoben. Im Grunde muss nur der Bundestagsbeschluss vom 7. November 1991 (BT-Drucksache 12/1362) in die Tat umgesetzt werden. In ihm heißt es: „In der Bundesrepublik lebt eine große Gruppe von Kurden. Auch ihnen muss die Möglichkeit zur Bewahrung und Entfaltung ihrer kulturellen Identität gegeben werden.“

Gleichzeitig würde damit auch ein deutliches Signal an die türkische Regierung gegeben, sich für eine friedliche und demokratische Lösung der Kurdenfrage einzusetzen.“

Bleiberecht für kurdische Flüchtlinge

Geflohen vor dem grausamen Krieg kamen über 300.000 KurdInnen auch nach Deutschland. Flüchtlinge, die aus Deutschland abgeschoben werden sollen, sind in der aktuellen Gefahr, bei ihrer Rückkehr misshandelt und gefoltert zu werden. Selbst durch einen Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission (10/25) des Türkischen Parlaments wird die Annahme einer menschenrechtlich unbedenklichen Fluchtalternative in Frage gestellt. Deshalb fordern wir, die kurdischen Flüchtlinge als Bürgerkriegsflüchtlinge anzuerkennen, wie es bei den bosnischen Flüchtlingen der Fall war, und ihnen bis zu einem generellen Amnestiegesetz und zur Sicherung des Friedensprozesses einen Abschiebeschutz zu gewähren.

Die Zeit ist reif für die Aufhebung des PKK-Verbotes

Die einseitige Beendigung des Krieges in der Türkei durch die PKK und die Festlegung auf einen politischen und demokratischen Konfliktaustrag ist ein außerordentlicher Schritt zur möglichen Befriedung des Konflikts in der Türkei. Das aber muss auch gegenüber dieser Organisation zum Ausdruck gebracht werden, um sie auf ihrem neuen Wege zu ermutigen.

Gegenwärtig aber ist der Eindruck entstanden, dass die PKK in Deutschland für ihre friedenspolitische Wende eher durch vermehrte polizeiliche Verfolgung bestraft wird. Das ist friedenspolitisch nicht sinnvoll. Sinnvoll wäre es hingegen, die PKK in den deutsch-kurdischen Dialog einzubeziehen. Dazu müsste das gegenwärtig noch bestehende PKK-Verbot in geeigneter Weise suspendiert werden.

Generalbundesanwalt Kay Nehm erklärte anlässlich der Aktionen im Februar 1999, „es bestünden bisher keine ausreichenden Anhaltspunkte dafür, dass die PKK gegenwärtig zentral Straftaten (...) steuere“ (FR, 25.2.99). Der Verfassungsschutz NRW stellte ebenfalls fest, dass „die PKK-Führung ernsthaft bemüht war, vermutete Aktionen einzelner PKK-Anhänger zu unterbinden. Derzeit verfolge die Organisation eine Änderung ihrer ideologischen Grundlage auf der Basis der letzten Äußerungen Öcalans. Ziel sei die Niederlegung der Waffen und Eingliederung als politische Kraft innerhalb der Türkei. Ob die PKK die beabsichtigte totale Umstrukturierung auch an der Basis durchsetzen könne, hänge wesentlich von den Geschehnissen in der Türkei und der Problematisierung der Kurdenfrage durch die türkische Regierung ab.“ (Landtag intern, 7. 9. 1999)

Dieser Frage liegt die Überlegung zugrunde, dass die gegenwärtige Konfrontation nur durch einen Dialog der Kontrahenten überwunden werden kann. Wenn dies innerhalb der Türkei noch nicht möglich ist, so sollte dies doch außerhalb der Türkei zu ermöglichen sein. Zu erinnern ist an vergleichbare Situationen in Irland, Israel/Palästina und Südafrika.

Mit all diesen Fragen zur **Gleichstellung** beschäftigte sich auch eine **Postkartenkampagne**, die in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Friedenskooperative durchgeführt wurde.

13. Juli 2000: Der Dialog-Kreis fordert den Präsidialrat der PKK auf, seine internen Konflikte ohne Gewalt mit demokratischen Mitteln zu lösen und die gefangenen Guerilleros und Guerilleras sofort frei zu lassen

Der Koordinator des Dialog-Kreis Prof. Dr. Andreas Buro erklärte zu den jüngsten Auseinandersetzungen innerhalb der PKK:

„Der Dialog-Kreis setzt sich seit Jahren für eine friedliche politische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts ein. Seit der einseitigen Beendigung des Krieges durch die kurdische Seite, die wir sehr begrüßt haben, warnen wir vor gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Falken und Tauben im türkischen wie im kurdischen Bereich. Diese Konflikte dürfen nur mit politischen Mitteln ausgetragen werden, sonst eskalieren sie schnell zu unübersehbaren neuen Gewaltszenarien und zerstören den sehr mühsam beginnenden friedenspolitischen Prozess in der Türkei.

Die Nachricht, der Präsidialrat der PKK habe etwa 30 oppositionelle Frauen und Männer der kurdischen Guerilla festgenommen und Öcalan selbst habe die „härtesten Sanktionen“ gegen sie gefordert, wie das Parteiorgan der PKK „Serxwebun“ (Nr. 222) berichtet, erfüllt mich mit tiefer Sorge. Es geht um das Leben der Gefangenen, aber auch um die Glaubwürdigkeit der PKK, ihre Ziele mit friedlichen und demokratischen Mitteln verfolgen zu wollen.

Wer die Abschaffung der Todesstrafe und die Nicht-Vollstreckung des Todesurteils an Abdullah Öcalan fordert, darf nicht selbst das Leben der eigenen Oppositionellen antasten. Den Präsidialrat der PKK fordere ich auf, alle gefangenen Oppositionellen sofort freizulassen und die Verfolgung anderer einzustellen.

Gleichzeitig appelliere ich an alle kurdischen und türkischen Beteiligten in diesem Konflikt, dem Frieden eine Chance zu geben, indem der bewaffnete Konfliktaustrag, wie es sich die PKK in ihrer neuen Politik vorgenommen hat, sofort und von jeder Seite ohne Vorbedingungen beendet wird. Dies kommt sowohl der kurdischen wie auch der türkischen Bevölkerung zugute. Der militärische Kampf stürzte beide Bevölkerungsgruppen in großes Leid und Elend, wie es der bisherige Kriegsverlauf mit nur allzu großer Deutlichkeit gezeigt hat. Das darf nicht erneut geschehen.

Während in Camp David um einen Frieden in Nahost gerungen wird, darf Ankara nicht länger den friedenspolitischen Prozess und alle längst fälligen Reformen, sowie u.a. eine Amnestie und die Aufhebung des Ausnahmestatus für kurdische Provinzen in der Türkei blockieren. Es darf auch nicht diejenigen, die als Friedensgruppen der PKK freiwillig ihre Waffen abgegeben haben, zu Haftstrafen bis zu 18 Jahren, wie jüngst geschehen, verurteilen. Dies fördert nur die Kräfte, welche den Krieg fortsetzen wollen. Die internationale Gemeinschaft steht in der Verantwortung, sich endlich zugunsten einer friedlichen Lösung in der Türkei entschieden einzusetzen.“

Kurdische Namen dürfen eingetragen werden

Im März 2000 hat das türkische Revisionsgericht den kurdischen Namen „Mizgin“ anerkannt und dies so begründet: 1. „Jeder hat das Recht einen Namen aus seiner Umgebung zu wählen“. 2. „Die Namen sind die Fortsetzung der Tradition und der Vergangenheit“. 3. „Wenn arabische und persische Namen benutzt werden dürfen, dann auch die kurdischen“. 4. „Die kurdischen Namen stehen nicht im Widerspruch zur nationalen Kultur“.

Ein beispielloses und einmaliges Urteil vom Revisionsgericht der Türkei. Somit hat das Revisionsgericht die Begründung für Verbote kurdischer Namen, die mit der nationalen Kultur als unvereinbar galten, aufgehoben.

Der Dialog-Kreis hat dieses Urteil zum Anlass genommen und alle Innenminister gebeten, nun auch die deutsche Praxis bei der Eintragung kurdischer Namen zu überprüfen. Die Resonanz und die Reaktion ist im allgemeinen positiv und ermutigend. Wir werden eine Auswahlliste der häufigsten kurdischen Namen herausgeben und den Ministerien zur Verfügung stellen.

Humanitäre Hilfe für vertriebene kurdische Familien

Pro Humanitate e.V. ist eine gemeinnützige humanitäre Hilfsorganisation, die von einigen Mitgliedern des Dialog-Kreises gegründet wurde und von 1996 bis 2005 an über 36.000 vertriebene kurdische Familien (über 300.000 Menschen) in den kurdischen Gebieten in der Türkei humanitäre Nothilfe, Grundnahrungsmittel und Heizmaterial, verteilt hat. Außerdem hat Pro Humanitate von August bis Oktober 1999 für die vom Erdbeben betroffenen Menschen in der Türkei konkrete Hilfe geleistet. In verschiedenen Orten im Erdbebengebiet wurde beim Aufbau und der Einrichtung von Suppenküchen geholfen, die täglich Tausenden Familien, die in Zelten leben müssen, mit warmen Mahlzeiten versorgen. Unterstützt wurde diese Hilfsaktionen von der Bundesregierung, dem Kindermissionswerk „Die Sternsinger“ und den Franziskanern in Deutschland.

Auch im Jahre 2004 hat Pro Humanitate e.V. den kurdischen Vertriebenen geholfen:

In Hakkari wurde an insgesamt 1.800 SchülerInnen Bekleidung und Schulbedarf verteilt. Bei der **Schulhilfe in Hakkari** im September 2004 wurden insgesamt 595 Schultaschen/Ranzen, 1.202 Schuhe, 595 Anoraks/Winterjacken, 607 Sportanzüge, 365 Anzüge für Oberschüler, 336 Hosen, 241 Schuluniformen für SchülerInnen (Oberteil und Rock), 259 Pullover für SchülerInnen eingekauft und in 7 Schulen verteilt. Außerdem wurde für 600 Schülerinnen Schulbedarf zur Verfügung gestellt.

Im Oktober 2004 wurden 1 520 **iranisch-kurdische Flüchtlinge** in 17 Städten um Ankara mit Grundnahrungsmitteln, Hygieneartikel und Babynahrung unterstützt.

Dank Unterstützung der Spenderinnen und Spendern und Paten hat Pro Humanitate es geschafft, den **Menschen mit körperlicher Behinderung 250 Bienenstöcke** zur Verfügung zu stellen. Dadurch haben viele wieder Selbstvertrauen gewonnen und durch eigene Arbeit die Familienkasse aufbessern können. Aus formalen Gründen ist es allerdings Pro Humanitate nicht gelungen, die Unterstützung des Bundesministerium für Entwicklung und Zusammenarbeit für dieses Projekt „Bienenland Hakkari“ zu erhalten. Außerdem hat Pro Humanitate e.V. erreicht, dass die Kommune in Van kostenlos und mietfrei bewässerte Felder am Vansee für die vertriebenen Familien zur Verfügung stellt.

In der ersten Hälfte des Februar 2005 hat Pro Humanitate e.V. wieder ein humanitäres Hilfsprojekt „Lebensmittelnothilfe für kurdische Binnenvertriebene in Van“ erfolgreich durchgeführt und an insgesamt 711 Haushalte (etwa 6.500 kurdische Vertriebene und Flüchtlinge) in 22 Stadtvierteln Lebensmittel verteilt. Die verteilten Rationen bestanden aus 50 kg Mehl, 1 kg Tomatenmark und je 5 kg Reis, Nudeln, Weizengrütze, Linsen, Zucker und Speiseöl, d.h. insgesamt 81 kg je Familie. Damit ist die Zahl der Familien, die von Pro Humanitate seit 1996 Hilfe zum Überleben erhielten, auf über 36.000 Familien gestiegen.

Obwohl die Lageberichte des Auswärtigen Amtes und die jährlichen Fortschrittsberichte der Europäischen Union bescheinigen, dass die Lage der Binnenvertriebenen nach wie vor kritisch ist, hat das Auswärtige Amt in Berlin seine Hilfe eingestellt. Da von der EU der Türkei Beitrittsverhandlungen angeboten wurden, sagte Berlin, könne dort keine Not herrschen, so dass auch keine Not- und humanitäre Hilfe in Frage käme.

Ohne die tatkräftige Unterstützung der Missionszentrale der Franziskaner, des Diakonischen Werkes und Kindermissionswerkes in Aachen, von Misereor und medico international hätte die letzte Nothilfe nicht geleistet werden können. Sie diene vor allem der Überbrückung der Wintermonate mit Lebensmitteln, zur Bekämpfung von Krankheiten und Kindersterblichkeit.

Pro Humanitate e.V. bittet um Spenden,

damit die Nothilfe für Vertriebenenfamilien weiterhin aufrecht erhalten werden kann.

Mit einer Spende in Höhe von **35 €** kann ein **Schulkind eingekleidet** werden. Mit einer Spende von **40 €** kann eine kinderreiche vertriebene Familie **mit 50 kg Mehl, je 5 kg Reis, Speiseöl, Zucker, Linsen, Weizengrütze, Nudeln und Tomatenmark** unterstützt werden.

Pro Humanitate e.V. hat vor, einigen kinderreichen Vertriebenenfamilien im Raum Hakkari **Solarkocher** zur Verfügung zu stellen, da Holz knapp und Strom teuer ist, die Sonne aber ab März bis November kostenlos Energie und Wärme schenkt. Unsere Recherchen haben ergeben, dass die Sonne als Energiequelle zu nutzen, in der Türkei erst in den Anfängen steckt. Wenn wir es schaffen, dieses Projekt in die Praxis umzusetzen, wird es einmalig in der

Türkei und dem Kurdengebiet sein und auch als Pilotprojekt nachfolgenden Initiativen dienen können.

Sowohl die Kooperationspartner von Pro Humanitate, als auch die betroffenen Menschen bitten ausdrücklich um Fortführung der Hilfsprojekte. Die Menschen in Van und Hakkari hoffen, dass sie nicht vergessen werden.

Pro Humanitate e.V. versucht die Not zu lindern! Helfen Sie mit, diesen Wunsch zu erfüllen!

Pro Humanitate e.V.,
Postfach 90 31 70, 51124 Köln
Tel. 0 22 03/1 26 76, Fax 0 22 03/126 77
Pro-Humanitate@t-online.de

Spendenkonto: Pro Humanitate e.V.
Konto 10 262 533, BLZ 370 501 98
bei der Stadtsparkasse Köln.
Spenden sind steuerlich abzugsfähig.
Bitte, Absender und Anschrift deutlich angeben!

17. Mai 2001: Friedenspolitische Konferenz über den türkisch-kurdischen Konflikt

Der international renommierte Menschenrechtler Akin Birdal fordert schnelles handeln

Der Dialog-Kreis, die deutsche Sektion der IPPNW und das Komitee für Grundrechte und Demokratie veranstalteten am 12. Mai 2001 in Zusammenarbeit mit dem Abgeordnetenhaus Berlin, vertreten durch den Landtagsabgeordneten Giyasettin Sayan eine Konferenz unter dem Motto „Die EU, die Türkei und die kurdische Realität“. An ihr haben sich unter anderen der renommierte Menschenrechtler Akin Birdal und der stellvertretende Vorsitzender der prokurdischen HADEP-Partei, Hamid Geylani, der Direktor des Deutschen Orientinstituts in Hamburg, Prof. Udo Steinbach, Prof. Andreas Buro, der Koordinator des Dialog-Kreises, der Vertreter des kurdischen Instituts, Selim Ferat, fachpolitische Vertreter aller Parteien und von vielen Menschenrechtsorganisationen beteiligt. Zuvor hat der Dialog-Kreis mit den Gästen aus der Türkei Gespräche mit PolitikerInnen aller im Bundestag vertretenen Parteien, mit dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Herrn Pleuger, mit der Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses, Frau Nickels, sowie mit dem Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Herrn Poppe geführt.

Die Konferenz war geprägt von der Befürchtung, im Annäherungsprozess an die EU könne die friedenspolitische Lösung der Kurdenfrage im Rahmen der Türkei auf der Strecke bleiben. Damit sei aber auch der erhoffte Demokratisierungsprozess gefährdet. Eine friedliche politische Lösung der Kurdenfrage und die Demokratisierung des Landes seien unauflöslich miteinander verbunden. Angesichts der fehlenden Bereitschaft Ankaras, angemessene Schritte in der Kurdenfrage zu unternehmen, wurde die Möglichkeiten neuer Gewalteskalationen nicht ausgeschlossen, was sich auch auf Deutschland auswirken könne. Deshalb sei es wichtig, den einseitigen Gewaltverzicht des kurdischen Konfliktpartners PKK in seiner Bedeutung anzuerkennen und ihn so zu ermutigen,

seine friedenspolitische Orientierung aufrecht zu erhalten. Für die deutsche Politik würde dies bedeuten, die bestehenden Verbote und Restriktionen aufzuheben und den Dialog mit Repräsentanten der kurdischen Seite zu eröffnen. Die Friedensbereitschaft der Kurden darf nicht länger zurück gewiesen werden. Präventive Politik ist dringend gefragt.

23. 11. 2001: IRA wird bejubelt, die PKK verdammt – oder wie mit zweierlei Maß gemessen wird

Freude und Erleichterung wird von allen Seiten über den Schritt der IRA, ihre Waffen zu vernichten, ausgedrückt. US-Präsident Bush spricht von einem „historischen Schritt“. Der englische Premier Tony Blair würdigte „den Mut und die Kühnheit“ der Republikaner-Führer, die „diesen Augenblick von grundlegender Bedeutung“ ermöglicht hätten und die irische Staatspräsidentin sprach von einem „Schlüsselereignis“ für den Friedensprozess. Das alles sind sehr berechnete, kluge Worte, die eine friedliche, politische Lösung des Nordirland-Konflikts ermutigen und weiter voran bringen können.

Wie anders verhalten sich die politischen Akteure in einem anderen Fall. Im türkisch-kurdischen Konflikt, der in unterschiedlichen Formen seit der Ära Kemal Atatürks schwelt und immer wieder aufflammt, hat die kurdische Guerilla PKK 1999 einseitig den Krieg beendet und erklärt, sie wolle auf militärische Gewalt verzichten und mit politischen und demokratischen Mitteln für eine friedliche politische Lösung des Konflikts in den Grenzen der Türkei eintreten. Ihre Guerilla hat sie, da die Türkei nicht bereit war, für diese eine Amnestie-Regelung zu erlassen, wie die EU sie gegenwärtig in Mazedonien anstrebt, aus dem Lande abgezogen. Sie hat als symbolischen Akt eine Friedensgruppe aus „den Bergen“ geschickt, die ihre Waffen ablegte, und eine andere aus EU-Europa, die eine politische Friedensbotschaft überbringen wollte. Ankara hat beide Gruppen sofort verhaften lassen und ihre Mitglieder vor Gericht gestellt. Sie wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt und sitzen noch immer in türkischen Gefängnissen. Von den westlichen Regierungen kam bisher keine mit dem Bemühen um den Frieden in Nordirland vergleichbare Unterstützung.

Im Gegenteil! Als Belohnung für die Friedensbereitschaft der PKK lässt der deutsche Innenminister ihre Mitglieder besonders streng als Angehörige einer angeblich noch immer terroristischen Organisation verfolgen und hält hartnäckig an dem seit 1993 bestehenden PKK-Verbot fest, infolge dessen nach wie vor kurdische Institutionen, Vereine, Redaktionsräume und Verlags-häuser sowie Wohnungen politisch engagierter KurdInnen von der deutschen Polizei durchsucht werden.

Der über Irland jubelnde Tony Blair und die USA haben die PKK auf die Liste der terroristischen Organisationen setzen lassen.

Zur gleichen Zeit klammert die Türkei bei ihren Verfassungsänderungen im Rahmen der EU-Beitrittspartnerschaft die Kurdenfrage wiederum aus, während die EU in ihrem jüngsten Fortschrittsbericht zur Türkei das Kurdenproblem überhaupt nicht thematisiert.

In der Türkei werden von türkischen „Sicherheitskräften“ nach wie vor kurdisch besiedelte Dörfer zerstört, die Menschen vertrieben, Mitglieder der legal gewählten kurdischen HADEP-Partei ermordet und der Ausnahmezustand immer wieder verlängert. Ankara fordert jetzt sogar mit dem Terrorismus-Argument die Auslieferung von vermeintlichen PKK-Mitgliedern, die sich im Ausland aufhalten.

Für viele Menschen in der Friedens- und Menschenrechtsarbeit ist die Bewusstseinspaltung der westlichen, einschließlich der deutschen Politik unfassbar. Sie be-teuert ständig, den Frieden fördern zu wollen, während sie gleichzeitig die Möglichkeiten hierzu im türkisch-kurdischen Konflikt wissentlich missachtet, ja sogar durch ihre Haltung den Konflikt fördert. Zynischerweise wird gleichzeitig die Türkei, der das EU-Parlament Folter und Menschenrechtsverletzungen vorwirft, als Hoff-nungsträger für den Frieden in Afghanistan gefeiert. Sie soll dorthin Spezialtruppen schicken, weil sie ja breite Erfahrungen mit der Bekämpfung des Terrorismus im Südosten und Osten habe, sprich mit der Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung im eigenen Land.

Wer von Menschenrechten und Frieden, Gleichbe-rechtigung und Selbstbestimmung spricht, darf nicht mit zweierlei Maß messen. Deswegen ist es dringend not-wendig, das PKK-Verbot mit all seinen negativen Folgen endlich aufzuheben und zu beginnen, eine friedensför-dernde Politik auch im türkisch-kurdischen Konflikt zu verfolgen.

Sollen Kurden in der Türkei wirklich nicht ihre Muttersprache lernen dürfen?

Forderungen für eine friedliche Kampagne im Sinne von Martin Luther King

Anlässlich des Newroz-Festes der kurdischen Bevölkerung am 21. März 2002 und der gewaltfreien Kampagne für muttersprachlichen Unterricht der kurdischen StudentInnen und SchülerInnen in der Türkei – im Sinne von Martin Luther Kings Kampf gegen die Rassentrennung in den USA – melden sich wichtige Organisationen der deutschen Friedensbewegung zu Wort. Sie fordern von Regierungen und EU-Institutionen eine Unterstützung dieses Begehrens.

„In der Türkei haben sich kurdisch-stämmige StudentInnen, SchülerInnen und deren Eltern an ihre Universitäten, Grund- und Mittelschulen mit der Bitte gewandt, neben dem Türkischen ihre Muttersprache als Wahlfach bzw. als Schulfach einzuführen. Diese Forderung, verankert auch in dem „Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ und dem „Übereinkommen gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen“, verbreitete sich rasch, so dass bald Tausende solcher Anträge gestellt wurden.“

Die sich entwickelnde Kampagne gestaltet sich gewaltfrei im Sinne des „zivilen Ungehorsams“, wie er seinerzeit in den USA unter Martin Luther King gegen die Rassentrennung zwischen Weißen und Schwarzen praktiziert wurde. Nach langen Jahren der Gewalt wird

hier eine vorbildliche Form der Auseinandersetzung um Menschenrechte geführt, welche die Perspektive der politischen Lösung und Versöhnung nicht aus den Augen läßt.

Der türkische Innenminister Rüstü K. Yücelen hat jedoch das Nationale Bildungsministerium, die Gouverneure und die Gendarmerie angewiesen, die Anträge abzulehnen und gegen die Antragsteller polizeilich vorzugehen. Es handele sich um eine separatistische Aktion und folglich seien die Antragsteller zu verhaften. Bisher wurden Tausende vorübergehend festgenommen und viele Personen verhaftet. Studenten und Studentinnen wurden zeitweise oder auf Dauer vom Studium ausgeschlossen. Türkische Politiker nutzen die Gunst der Stunde, das gewaltfreie menschenrechtliche Begehren in die Nähe von Terrorismus zu rücken. Mesut Yilmaz, der für den EU-Beitritt zuständige stellvertretende Ministerpräsident erklärte sogar: „In der Türkei kann in keiner Sprache außer Türkisch Unterricht erteilt werden. Zu diesem Thema haben wir niemandem eine Garantie abgegeben, und auch die EU hat an uns keine Forderung zu diesem Thema gestellt.“ (Özgür Politika 31.1.2002)

Ein Land, in dem solche elementaren Rechte wie muttersprachlicher Unterricht für eine große nationale Minderheit verweigert, ja die Forderungen sogar als terroristisch kriminalisiert werden, kann nach unserer Auffassung nicht Mitglied der Europäischen Gemeinschaft werden, ohne das erreichte Verständnis von Menschenrechten und die unabdingbare Toleranz in der multi-kulturellen Gesellschaft der EU zu gefährden.

- Die große Bedeutung der Muttersprache für die Persönlichkeitsentwicklung steht heute außer Frage. Auch deshalb fordern wir die Kommission der EU auf, mit aller Deutlichkeit für das Recht der kurdischstämmigen BürgerInnen in der Türkei auf muttersprachlichen Unterricht einzutreten. Im gleichen Sinne bitten wir die UN-Organisation für Erziehung, Kultur und Wissenschaft (UNESCO) sich zu engagieren.
- Wir bitten die Bundesregierung, sich diplomatisch und öffentlich hinter diese Forderung zu stellen und auf eine sofortige Freilassung aller Inhaftierten zu drängen.
- Wir schlagen den Studentenvertretungen der deutschen Universitäten und Hochschulen vor, sich für die Wiedenzulassung relegierter StudentInnen einzusetzen und ihnen notfalls in Deutschland ein Stipendium für die Fortsetzung ihres Studiums zu verschaffen.
- Die Regierung in Ankara fragen wir, warum sie sich für muttersprachlichen Unterricht für die türkischen Minderheiten außerhalb des eigenen Landes wie in Griechenland, Bulgarien und der EU einsetzt, diesen aber ihren eigenen BürgerInnen kurdischer Abstammung verweigert?
- Wir bitten alle, sich in der Ihnen jeweils möglichen Form in dieser Sache zu Wort zu melden, ehe die staatliche Gewalt in der Türkei weiter zunehmend die Situation bestimmt.

Dem Umschwenken der kurdischen Seite auf Formen des gewaltfreien Konfliktaustrags messen wir eine sehr große Bedeutung bei, da hierdurch – auch weit über den

aktuellen Fall hinaus – Verhaltensweisen in der Gesellschaft eingeführt werden, die wesentliche Voraussetzung für eine demokratische Reformpolitik sind.

Prof. Dr. Andreas Buro, Koordinator des Dialog-Kreis: „Krieg in der Türkei – Die Zeit ist reif für eine politische Lösung“, Hans-Konrad Tempel, Vorsitzender und Peter Betz, Geschäftsführer „Bund für Soziale Verteidigung“, Jürgen Gräßlin, Bundessprecher, Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen DFG-VK, Dr. Angelika Claußen, Vorstand der Deutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung IPPNW; Prof. Dr. Dr. Horst-Eberhard Richter. Dr. Volker Böge und Theo Christiansen, Geschäftsführender Vorstand des „Komitees für Grundrechte und Demokratie“; Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr, Hans Branscheidt, medico international, Mani Stenner, AG Türkei/Kurdistan im Netzwerk Friedenskooperative, Paul Russmann, Referent für Friedensfragen bei der ökumenischen Aktion „Ohne Rüstung leben“, Dr. Reinhard Voß, Generalsekretär „Pax Christi Deutschland“, Heiko Kauffmann, Pro Asyl, Prof. Dr. Margarete Mitscherlich-Nielsen

4. September 2002: Die Reform- und EU-orientierten kurdischen Kräfte in der Türkei nennen ihre Forderungen

In einer „Deklaration für Frieden und Demokratie“ haben 319 zivilgesellschaftliche Organisationen, politische Parteien, Gemeindevertretungen, Berufs- und -wirtschaftsverbände ihre Forderungen an die türkische Politik vorgetragen. Angesichts der bevorstehenden Neuwahlen in der Türkei, der wirtschaftlichen Krise des Landes und den Bedrohungen durch einen möglichen Angriff der USA auf den Irak, der die Türkei unmittelbar in Mitleidenschaft ziehen würde, ist dieser Text ein bedeutendes Dokument für die Haltung von Kurden in der Türkei. Den Text unterschrieben u.a. Arbeitnehmer, Gewerkschaften, der Arbeitgeberverband Günsiad, Mitglieder von den Parteien CHP, DSP, DYP, AKP, ANAP zu HADEP, die Menschenrechtsvereine IHD und Mazlum-Der, Behindertenvereine und Umweltinitiativen: Der Dialog-Kreis veröffentlicht den Text in deutscher Übersetzung.

„In allen gesellschaftlichen Schichten der Türkei besteht der Wunsch nach einer Neustrukturierung auf der Ebene von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung. Seine Realisierung ist jedoch nur auf dem Wege eines tiefgreifenden Demokratisierungsprozesses zu erreichen. Die Bedingungen für eine Übereinkunft, die auf einem Konsensus aller gesellschaftlichen Schichten beruht, sind günstiger denn je. Hoffnungsvolle Entwicklungen, wie das Schweigen der Waffen und der Ausschluss der Gewalt als Mittel, haben sich positiv auf die gesellschaftliche Atmosphäre ausgewirkt und stellen eine historische Chance für die Schaffung eines dauerhaften Friedens dar. Die Entwicklungen auf EU-Ebene und die Zusage der Türkei, die Kopenhagener Kriterien vollständig erfüllen zu wollen, verstärken zunehmend die Forderung der Gesellschaft nach Demokratie. Deshalb denken wir, dass hierfür die Mitgliedschaft der Türkei in der EU einen wichtigen Schritt darstellt.

Wenn unser Land im Kreis der modernen und fortschrittlichen Länder der Welt seinen Platz einnehmen will, sind die Umsetzung der universellen Rechtsnormen und Menschenrechte unumgänglich. Deshalb möchten wir als zivilgesellschaftliche Organisationen, politische Parteien, Berufsverbände und Arbeitgeberorganisationen, unsere Sichtweise der hierzu notwendigen Schritte darlegen.

- 1 Verabschiedung einer demokratischen und freiheitlichen Verfassung, die sich auf universelles Recht stützt (...)
- 2 Ökonomischer Aufbau als höchste Priorität (...)
- 3 Das Recht auf Leben garantieren (...)
- 4 Die Notstandsverwaltung beenden (...)
- 5 Eine Generalamnestie für den gesellschaftlichen Frieden

Fazit

Wir sind davon überzeugt, dass für die Gesellschaft der Türkei die selben Rechte und Freiheiten gelten sollten wie in allen anderen modernen demokratischen Ländern. Bestehende Unterschiede sollten sich gleichberechtigt und in friedlicher Atmosphäre artikulieren und als Teil des gesellschaftlichen Reichtums respektiert werden können. Jeder Einzelne sollte das Recht haben, nach seiner Art am sozialen Leben teilzunehmen und sich seiner persönlichen und gemeinschaftlichen Rechte zu erfreuen. Das Recht, seine Meinung frei zu äußern, solange nicht zur Gewalt aufgerufen wird, muss von der Verfassung geschützt werden. (...)

Bericht der Menschenrechtsdelegation, die am 18. 12. 2002 in Ankara Gespräche mit Politikern und Menschenrechtsvereinen führte

Kurzfristig hatte sich die Möglichkeit zu Gesprächen in Ankara mit hochrangigen Politikern der neuen Regierung und der in der Großen Nationalversammlung vertretenen Parteien, sowie der Menschenrechtsorganisationen ergeben. Als Grundlage für die Gespräche hatte die Delegation ein Memorandum „Menschenrechte und Versöhnungspolitik in der Türkei“ ausgearbeitet, das als gemeinsame Grundlage diene.

Der Vorsitzende Yilmaz Ensaroglu des türkischen Menschenrechtsvereins, Mazlum-Der, betonte, die AKP (Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei) habe ein gutes Regierungsprogramm. In ihm gäbe es allerdings keine Kurdenfrage, keine Frage der Unterentwicklung im Südosten, keine Kopftuchfrage, keine Frage der religiösen Minderheiten. Es stünde darin auch nichts über das Verhältnis zum Militär. Man solle die neue Regierung unterstützen. Nicht zuletzt wegen des drohenden Irakkrieges sei die Lage in der Türkei sehr instabil. Deshalb dürfe man aus Deutschland keine Menschen hierher abschieben. Ein Krieg hätte negative Auswirkungen auf Zivilgesellschaft und Menschenrechte.

Der Vorsitzende des IHD, Hüsnü Öndül, nannte zu Beginn unseres Gesprächs positive

Aspekte, die sich seit 2000 ergeben haben: Doch bei der Verwirklichung begännen die Schwierigkeiten. Folter gehe unvermindert weiter. Polizei und Militär achteten die Verfassung und die Menschenrechte kaum. Um die Gesetze zur Meinungsfreiheit kümmere sich die Staatsanwaltschaft häufig nicht. Es sei wie eine Art von Doppelstrategie.

Der IHD ist seit 16 Jahren organisiert. 14 Vorstandsmitglieder wurden seitdem getötet, in 300 Fällen wurden IHD-Angehörige gefoltert. In den letzten 2 Jahren wurden 437 Anzeigen von der Staatsanwaltschaft gegen den IHD erstattet. Die Anlässe waren in 70–80% der Fälle Presseerklärungen, in 30% Strassenveranstaltungen.

In Südanatolien wurden in 16 Jahren Krieg 3688 Dörfer zerstört und nach IHD-Schätzung sind 3 Millionen Menschen abgewandert. Der Staat hat 500 Dörfer weniger gezählt und geht nur von 500 000 Umsiedlern/Flüchtlingen aus. Im November habe der Gouverneur des Südostens in einer Presseerklärung sogar gesagt, dass nur 51 000 Flüchtlinge zurückkehren wollten. Wer zurückkehren wil, muß eine Erklärung unterschreiben, dass die PKK sein Dorf zerstört habe. Aus der Stadtmitte der großen Städte, z.B. Diyarbakir, sei das Militär verschwunden. An der Peripherie ist alles wie gehabt.

Mustafa Özyürek, stellvertretender Parteivorsitzender der CHP, CHP-Abgeordneter Prof. Haluk Koc und der ehemalige Minister für Menschenrechte, Algan Hacaloglu

Betonten, die CHP (Republikanische Volkspartei) unterstütze in Hinsicht auf Menschenrechte, Grundrechte, Demokratie und Freiheit die neue Regierung. Herr Hacaloglu: Multikulturelle Ideen seien für unser Jahrhundert richtig, denn auch in der Türkei lebe man in einer multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft. Seit 1994 gelte für die CHP das Prinzip der ethnischen Akzeptanz. Eine generelle Amnestie für politische Gefangene lehne die CHP jedoch ab. Wer mit Terrororganisationen zusammengearbeitet habe, solle nicht amnestiert werden. Auf unsere Frage nach einer Politik der Versöhnung zwischen Türken und Kurden, bezeichnete Herr Hacaloglu diesen Konflikt als eine innere Angelegenheit der Türkei. Die CHP sei gegen einen Krieg mit dem Irak. Es gab 1991 Flüchtlingsprobleme und die Unterstützung aus Europa war gleich Null. Der Krieg wäre eine Katastrophe!

Im Menschenrechtsausschuss des Parlaments empfinden uns der Vorsitzende der Menschenrechtskommission Mehmet Elkatmis .Die Kommission will eng mit den NGOs zusammenarbeiten und brauche deren solidarische Unterstützung. Bezüglich der Menschenrechte hätten allerdings viele Gruppen Doppelstandards. Oft würde die Fragen nur auf das Kurdenproblem begrenzt. Meinungs- und Glaubensfreiheit lösten mehr Probleme als die Kurdenfrage, wie Folter, Minderheiten usw. allein genommen. Auf unsere Frage nach dem Umgang mit den Menschenrechtsvereinen vor Ort sagte Herr Elkatmis, die neue Regierung werde auf diesem Gebiet sehr sensibel sein. Zur Rückführung von Flüchtlingen: Das wichtigste im Regierungsprogramm sei die Frage der Menschenrechte und der Demokratisierung. Das Problem des Südostens werde sie als erstes beschäftigen. „Wir werden in den Südosten fahren, mit den Menschen vor Ort sprechen

und mit allen zivilen Gruppen zusammenarbeiten. Ein Irak-Krieg wäre eine Katastrophe.“

Besuch bei Recep Tayyip Erdogan, dem Vorsitzenden der AKP

Herrn Erdogan übergaben wir unser Memorandum und verwiesen auf das vorgeschlagene Projekt eines internationalen Symposiums über Erfahrungen mit der Überwindung von ethnischen Konflikten durch eine Politik der Versöhnung. Bezogen auf die Menschenrechte sagte Erdogan: „Ihr Interessengebiet ist auch unseres. Wir versuchen, fair zu jedem zu sein. Keine Doppelstandards. Unsere Partei basiert nicht auf Religion. Wir müssen den Menschen leben lassen, damit der Staat leben kann.“

Er sei gegen drei Arten von Nationalismus:

1. den regionalen Nationalismus. Keine Region soll höher gestellt sein als die andere.
2. den Nationalismus der Rasse. Jeder Mensch sollte seine Herkunft bekennen können. Auch hier keine Vorrangstellung.
3. den religiösen Nationalismus. Freie Religionsausübung. Dafür müssen wir als Regierung Sorge tragen.

Er wolle die Implementierung der Gedankenfreiheit, wie im neuen Gesetz festgelegt, die Freiheit der Vereine und der Religion. „Wir möchten die Türkei als ein Land der Freiheit ins neue Jahrtausend führen.“ Auf unsere Frage, ob der türkisch-kurdische Konflikt eine zentrale Rolle bei der Verwirklichung der genannten Ziele spiele, wies Erdogan darauf hin, dass seine Wahlkampagne in Hakkari begonnen habe. Erdogan sprach die doppelten Standards in der Menschenrechtspolitik an, die zu überwinden seien. Wir fragten nach der Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern und den Möglichkeiten der Veränderung dieser Situation. Herr Erdogan bat, ihm für solche Fragen noch etwas Zeit zu lassen. Der drohende Irakkrieg hing wie ein Damoklesschwert über unserem Gespräch. Herr Erdogan bemerkt sehr ernst: „Wir und das irakische Volk werden die Zeche bezahlen müssen.“

Das Gespräch mit Justizminister Cemil Cicek wurde von seiner Seite weitgehend durch das Thema „Terrorismus“ bestimmt. Wir fragten nach Konzepten für den Umgang mit der Kopftuch-Frage, der Wiedereinstellung von Studenten, die wegen ihrer Forderung nach muttersprachlichen Unterricht in Kurdisch von den Universitäten verwiesen worden seien, und nach den F-Typ-Gefängnissen. Der Minister ging auf diese Fragen kaum ein. Die türkische Regierung wolle im Menschenrechtsbereich große Reformen durchführen. Niemand habe aber ein solches Terroristenproblem wie die Türkei. In den westlichen Ländern genossen die Terroristen der Türkei auch noch Schutz als Freiheitskämpfer. Die Menschenrechte dürften nicht zur Unterstützung von Terroristen missbraucht werden.

Nach einer Pressekonferenz mit Fernsehen und Rundfunk im Gewerkschaftshaus von HAK-IS sprachen wir mit dem Präsidenten der Gewerkschaft Salim Uslu und dem Generalsekretär H.Ferudun Tankut. (...)

Schlussfolgerungen der Delegation

1. Auf die neue Regierung richten sich nicht nur von außen, sondern auch aus der Gesellschaft der Türkei große Hoffnungen, dass sie sich ernsthaft für die Durchsetzung von Reformen einsetzt. Solche Hoffnungen wurden auch von den besuchten Menschenrechtsorganisationen – selbstverständlich mit der gebotenen Skepsis – geäußert. Man müsse die neue Regierung unterstützen und ihr Mut machen. Auch wir in Deutschland sollten in der Gesellschaft und bei der Regierung für eine Ermutigung türkischer Reformpolitik eintreten.

2. Die AKP, welche die Regierung stellt, verfügt in der Großen Nationalversammlung fast über die 2/3 Mehrheit. Sie wird von der einzigen Oppositionspartei, der CHP, nach deren Aussagen in Sachen Reformen und Menschenrechten unterstützt. Beide Parteien teilen die Orientierung auf einen EU-Beitritt und wollen auch deshalb die Kopenhagener Kriterien erfüllen. Sie sind sich der Diskrepanz zwischen dem Erlaß von Gesetzen und der Implementierung dieser Gesetze wohl bewusst.

3. Fast alle unsere Gesprächspartner haben die Gesellschaft der Türkei als multi-kulturell, multi-ethnisch und multi-religiös beschrieben und damit Tendenzen zur Zwangsassimilierung im Prinzip widersprochen. Recep Tayyip Erdogan hat dies am deutlichsten mit seiner Ablehnung der „Drei Nationalismen“ zum Ausdruck gebracht. Eine solche Beschreibung ist nicht nur realistisch. Sie reflektiert auch die Erkenntnis, dass die EU, die Gemeinschaft der die Türkei beitreten möchte, ein solches vielfältiges Gebilde ist. Der Beitritt zur EU erfordert geradezu im Gegensatz zu engstirnig ethnisch-nationalistischen Konzepten diese Vielfalt als Grundprinzip zu akzeptieren.

4. Während die Menschenrechtsorganisationen den türkisch-kurdischen Konflikt, wie wir, als einen wichtigen Faktor zur Bewältigung der Menschenrechtsprobleme der Türkei ansehen, schenken die beiden politischen Parteien dieser Frage auch bezogen auf ihre Politik-Konzepte oder gar auf eine Politik der Versöhnung bisher noch wenig Aufmerksamkeit. Das Tabu, die Kurdenproblematik überhaupt nur anzusprechen, ist zwar gebrochen, doch erscheint die Bereitschaft ungeklärt, an dieser Problematik mit einer neuen Politik anzusetzen. In den bisherigen Verlautbarungen nach den Wahlen ist jedenfalls solches bisher nicht zu erkennen.

5. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Nicht-Regierungsorganisationen wurde uns von allen Seiten versichert. Doch war die Warnung vor doppelten Standards in der Menschenrechtspolitik, die sich vor allem gegen die EU-Staaten aber auch gegen NROs richtete, unüberhörbar. Die Menschenrechtsfrage dürfe nicht instrumentalisiert werden. Bei einigen Gesprächspartnern klang dabei allerdings die bekannte Abwehrhaltung des souveränen Nationalstaates durch, der sich eine Einmischung in die „inneren Angelegenheiten“ verbittet – auch von einheimischen Menschenrechtsorganisationen. Ein allbekanntes Problem der globalen Menschenrechtsarbeit.

6. Über allen Gesprächen schwebte das Damoklesschwert eines drohenden Irak-Krieges. Ein solcher Krieg könne politische, soziale und ökonomische Reformen sehr beeinträchtigen, wodurch auch die EU-Perspektive der Türkei berührt werden würde. Über das Verhältnis

von Regierung zum Nationalen Sicherheitsrat wurde nicht gesprochen. Doch schien uns die Befürchtung unzweifelhaft in der Luft zu liegen, das dieses Verhältnis erheblich zugunsten des militärischen Einflusses verschoben werden würde.

7. Auch nach unseren Gesprächen und in Bewertung der gehörten Argumente erscheint es uns sinnvoll, die Idee einer Versöhnungspolitik weiter zu verfolgen und Vorschläge dazu zu machen. Die menschenrechtliche Zusammenarbeit ließe sich an dem von uns vorgeschlagenen wissenschaftlichen Projekt über eine Konferenz in der Türkei zu bisherigen Erfahrungen der Bewältigung ethnischer Konflikte in verschiedenen Ländern erproben. Sie könnte auch Vertrauen bildend in dem Sinne wirken, dass der Dialog über zentrale Probleme nicht gegen die Einheit eines Staates gerichtet ist, sondern diese Einheit über Konsens erst stabilisiert.

(Der Delegation gehörten an Prof. Dr. Andreas Buro vom Komitee für Grundrechte und Demokratie und Koordinator des Dialog-Kreises: „Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“, Frau Dr. Gisela Penteker, Türkei-Beauftragte der IPPNW-Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V., Mehmet Dogan, Menschenrechtsbeauftragter der Islamischen Gemeinde Milli Görüs und Ex-Vorsitzender der „Organisation für Würde und Rechte der Menschen“. Pater Wolfgang Jungheim von Pax Christi)

Memorandum am 18. 12. 2002
Herrn Recep Tayyip Erdogan überreicht

Menschenrechte und Versöhnungspolitik in der Türkei

Die neue Regierung in der Türkei und die Funktionsträger der AKP (Entwicklungs- und Gerechtigkeitspartei), an der Spitze der Vorsitzende der Partei, Recep Tayyip Erdogan, zeigen durch ihre Äußerungen und durch die neuen Reformpakete ihre Entschlossenheit, die Türkei auf dem Weg zur Integration mit der Europäischen Union weiter voran zu führen. Wir, eine Gruppe von Menschenrechtlern aus der Bundesrepublik Deutschland, die sich seit vielen Jahren für eine friedliche Lösung im türkisch-kurdischen Konflikt einsetzen, begrüßen und unterstützen dieses Vorhaben. Wir fühlen uns ermutigt, unsere Ansichten zur Verwirklichung von Menschenrechten durch Versöhnungspolitik in aller Kürze darzulegen. Der vom damaligen Staatspräsidenten Turgut Özal eingeleitete Versöhnungs- und Friedensprozess, der durch seinen tragischen Tod unterbrochen wurde, kann unserer Ansicht nach, von der jetzigen Regierung wieder aufgenommen und fortgesetzt werden.

I. Die Kernthese

Die Verwirklichung der Menschenrechte ist in allen Staaten und Gesellschaften ein schwieriger Prozess. Sie wird in multi-ethnischen Gesellschaften häufig durch Vorherrschaftsansprüche von Ethnien über andere behindert. Versuche der Zwangsassimilierung und Benachteiligung von nicht dominanten Völkern führen zu einem Teufelskreis aus Repression und Rebellion. Wachsende Verfein-

dung, Eskalation der Gewaltanwendung in den Konflikten und gleichzeitig die Unterhöhnung des gesellschaftlichen Friedens und des friedlichen und rechtlich geregelten Konfliktaustrages sind die Folge. Die gesellschaftliche Produktion und die Entwicklung der Infrastruktur werden gemindert, während die Kosten für die Repression steigen. Eine solche Behinderung von Entwicklung ist mit schweren Verletzungen der Menschenrechte meist in der ganzen Gesellschaft verbunden.

Ein Ausweg aus diesem Teufelskreis ist durch eine Wende hin zu einer Versöhnungspolitik möglich. Durch sie können die nicht-dominanten Völker des Staates besser integriert werden, da sie sich nun als gleichberechtigt und respektiert angenommen fühlen. Separatistische Bestrebungen, die durch die Repression gestärkt wurden, können überwunden werden. Die Entfaltung der Menschenrechte erweist sich dann als ein wichtiges Moment der gesellschaftlichen Entwicklung und der Überwindung von Stagnation.

In der Türkei besteht im türkisch-kurdischen Konflikt eine solche Situation, die seit der Gründung des Nationalstaates die Entwicklung belastet hat. Wir halten eine Hinwendung zu einer Politik der Versöhnung über die Verwirklichung der Menschenrechte für dringend geboten und für möglich.

II. Die politischen Bedingungen für eine Politik der Versöhnung sind günstig

Günstige Bedingungen für eine Politik der Versöhnung liegen für die neue Regierung darin, dass der angestrebte und von vielen BürgerInnen gewünschte EU-Beitritt die Durchsetzung von Menschenrechten und damit auch die Lösung des Konflikts zwischen Türken und Kurden erfordert. Der EU-Beitritt verlangt ausserdem wesentliche weitere Demokratisierungsschritte, welche eine Politik der Versöhnung begünstigen. Zudem ist die EU insgesamt darauf ausgelegt ein multi-ethnisches Neben- und Miteinander zu fördern und durch ihre supra-nationalen Aktivitäten den Nationalstaat und damit auch das nationalistisch-ethnische Verhaltensmuster in den Mitgliedsstaaten zu relativieren.

Die staatliche Einheit ist gegenwärtig nicht gefährdet, da die kurdische Seite sich zu einer Politik um Gleichberechtigung im Rahmen des türkischen Staates ausdrücklich bekennt. Die häufige Anklage wegen separatistischer Bestrebungen, die zu so vielen Menschenrechtsverletzungen und Willkürakten geführt hat, hat mithin ihre Grundlage verloren. Die kurdische Seite hat erkannt, dass ihre Gleichberechtigung in der Türkei mit deren Demokratisierung verbunden ist. Sie kann als Kraft für Demokratisierung gefordert werden.

Im Gegensatz zu Konfliktsituationen in anderen Ländern – zum Beispiel Irland oder Sri Lanka – kann die gegenwärtige Regierung der Türkei sich mit hoher Glaubwürdigkeit auch auf die überwiegende religiöse Gemeinsamkeit von Türken und Kurden beziehen, um nach den langen Konflikten zwischen beiden Ethnien bestehende Ressentiments oder gar Feindbilder in der Gesellschaft zugunsten von Versöhnung und Kooperation dauerhaft abzubauen.

Die Regierung übernimmt eine bedrückende Wirtschafts- und Finanzsituation. Wäre es da nicht sehr hilfreich über Versöhnungspolitik die Aufbaubereitschaft und wirtschaftliche Kraft der kurdischen Bevölkerung – und sei es zum Teil auch nur in der traditionellen Land- und Weidewirtschaft – zu fördern und die enormen Kosten für die Repressionsapparate zugunsten des Aufbaus von entwicklungssträchtigen Infrastrukturen im Osten- und Südosten einzusparen? Eine solche Politik dürfte unseres Erachtens auch auf eine entwicklungspolitische Förderung aus den EU-Staaten rechnen. Sie haben ein Interesse an stabilen und rechtlich zuverlässigen Verhältnissen.

III. Elemente einer Politik der Versöhnung

Der Grundgedanke einer Politik der Versöhnung besteht darin, einen innergesellschaftlichen Dialog zu wagen, der die Anliegen der Ethnien aufnimmt und nach annehmbaren Lösungen sucht. Trotz notwendiger Kompromisse soll eine „win-win-Situation“ für alle Seiten erreicht werden, das heißt, alle ziehen letztlich Nutzen aus dem Bemühen um gegenseitiges Verstehen. Sie fassen wieder Vertrauen zueinander und legen dadurch die Grundlage für eine künftige Kooperation in gegenseitigem Respekt. Gegenseitiger Respekt meint auch, dass die Menschenrechte gegenseitig respektiert werden und somit auf Gewalt beim Austragen von Konflikten verzichtet wird.

Die im Folgenden genannten Elemente einer Politik der Versöhnung können nicht vollständig sein und müssen weiter differenziert werden.

1. Den Wunsch nach Versöhnung und gegenseitiger Anerkennung offen aussprechen, sowie einen innergesellschaftlichen Dialog im Rahmen des Türkischen Staates anregen. Hierbei sollten nicht Parteiliten „Verhandlungen“ führen. Vielmehr ist der Dialog auf der Ebene der Bevölkerung und ihrer Nicht-Regierungsorganisationen zu betreiben, damit nicht einfach die bestehenden Konfrontationsstrukturen wieder belebt werden.

2. Um dem Wunsch nach Versöhnung Glaubwürdigkeit zu verleihen, sollte eine Amnestie für alle aus politischen Gründen Verurteilte und für alle, die an den Kämpfen teilgenommen haben, erlassen werden. Damit könnten diejenigen, die sich heute im Exil befinden, in ihre Heimat zurückkehren. Ob ein solcher Schritt mit der Einrichtung von für die Türkei modifizierten „Wahrheitskommissionen“, wie sie in Südafrika eingesetzt wurden, um Vergangenheit aufzuarbeiten, verbunden werden sollte, wagen wir nicht zu beurteilen.

3. In diesem innergesellschaftlichen Dialog ist auch darüber zu sprechen, in welcher Weise die multi-ethnische und die multi-religiöse Dimension der Gesellschaft in der Türkei in der türkischen Verfassung zum Ausdruck gebracht werden sollte, sowie die Religionsausübung im Alltag für Minderheiten und Mehrheiten. Unabdingbar ist auch die Sicherung von Meinungsfreiheit, da sie die Voraussetzung für den Dialog und die Herstellung von Vertrauen ist. Dadurch würde die Gemeinsamkeit im Rahmen des Staates gestärkt und nicht geschwächt werden. Kemal Atatürk hatte in der frühen Phase des Kampfes zur Bildung des Nationalstaates Türkei die Kurden als Brudervolk verstanden und versprochen, sie

gleichberechtigt an dem neuen Staat teilhaben zu lassen. Dieses kluge Versprechen könnte so eingelöst werden.

4. Eine Politik der Versöhnung kann nicht darauf verzichten, kulturelle Gleichberechtigung anzustreben. Die gegenwärtigen Beschränkungen der kurdischen Kultur sind zerstörerisch für jede vertrauensvolle Kooperation. Auch innerhalb der EU gibt es Länder mit Sprachenvielfalt und mehreren kulturellen Traditionen. Die EU als Ganzes ist ein multikulturelles Gebilde. Die Respektierung der unterschiedlichen kulturellen Traditionen und Sprachen wird nicht die Bedeutung des Türkischen als verbindende Sprache im Staat vermindern, sondern eher noch fördern.

5. Die Flüchtlinge aus den kurdischen Siedlungsgebieten, die während der vergangenen Kämpfe ihre Heimat verlassen mußten, müssen zurück kehren dürfen, und zwar nicht in Zentraldörfer, die ihren Traditionen fremd sind und von ihnen als ‚beaufsichtigte Ansiedlungen‘ verstanden werden. Da die meisten der Flüchtlinge viele materiellen Verluste erlitten haben, ist eine solidarische Hilfe für ihre Rückkehr dringend geboten. Bei den Erdbebenkatastrophen haben Menschen und Organisationen aus der ganzen Türkei – auch aus dem Ausland – solidarisch geholfen und haben dabei gleichzeitig die Nöte und Probleme der betroffenen Menschen näher kennen gelernt. Könnte nicht dieses Vorbild auf die Rückwanderung der Flüchtlinge übertragen werden, wodurch das Gefühl der Zusammengehörigkeit gestärkt würde? In diesem Zusammenhang dürfen die so genannten Dorfschützer nicht vergessen werden. Im Sinne von Versöhnungspolitik müssen sie eine gleichwertige Perspektive für ihr Leben erhalten wie die zurück kehrenden Flüchtlinge. Die Anregung lokaler Dialoge unter Anleitung geschulter Konfliktschlichter könnte hierbei sehr hilfreich sein.

6. Die Aufhebung des Ausnahmezustandes in den östlichen und südöstlichen Provinzen ist bereits ein wichtiger Schritt, der die Tür zur Versöhnung öffnen kann. Voraussetzung hierfür ist allerdings auch, dass die in diesen Provinzen gewählten Organe und Verwaltungen tatsächlich auf der für die ganze Türkei geltenden rechtlichen Basis agieren können und nicht eingeschüchtert oder gar Repression ausgesetzt werden. Der Ausnahmezustand muß also nicht nur formal sondern auch de facto beendet werden. Sonst kann kein Vertrauen für eine Politik der Versöhnung entstehen.

7. Die Entwicklung im Osten und Südosten der Türkei ist bislang zugunsten der Investitionen und Infrastruktur im Norden und Westen sehr vernachlässigt worden, obwohl diese Region mit ihren großen Siedlungsgebieten der Kurden einen erheblichen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Leistung der Türkei beiträgt. Die Menschen dort müssen den Eindruck haben, sie würden ausgebeutet. In der Zeit des bewaffneten Kampfes ist die Ausbildung der nachwachsenden Generation, die soziale und medizinische Versorgung sowie die materielle Infrastruktur weitgehend zusammengebrochen. Es hat insgesamt eine Ausgrenzung stattgefunden, die nach allen entwicklungspolitischen Erfahrungen nicht ohne große Anstrengungen rückgängig gemacht werden kann. Um den Menschen in diesen Gebieten das Gefühl zu vermit-

teln, dass sie „dazu gehören“ und ihr Schicksal der Türkei wichtig ist, ist eine große Anstrengung des Aufbaus, nach Möglichkeit international unterstützt, vonnöten.

IV. Perspektiven internationaler Zusammenarbeit für eine Politik der Versöhnung

Der Ausgangspunkt und das Zentrum einer Politik der Versöhnung muß selbstverständlich in der Türkei liegen. Aus dem internationalen Bereich – oder auch nur aus Deutschland – kann allenfalls Unterstützung, so weit dies gewünscht wird, gegeben werden. Da es sich bei einer solchen Politik um einen längeren Prozess handelt, der immer wieder angesichts erreichter Ziele neue Aufgaben stellt, soll hier nur eine frühe Möglichkeit der Zusammenarbeit über Grenzen hinweg benannt werden.

Wir denken an ein wissenschaftliches Symposium mit Teilnehmern aus der Türkei, aus Deutschland und eventuell aus anderen EU-Ländern, das in der Türkei abgehalten wird. Hierbei soll es in Vorträgen und Arbeitsgruppen darum gehen, ethnische Konflikte in Staaten zu untersuchen und Erfahrungen aus Strategien der Versöhnung zu gewinnen. Wir können uns vorstellen, dass ein solches Vorhaben, das selbstverständlich im einzelnen gut vorbereitet sein müßte, auch auf Interesse, vielleicht sogar Unterstützung, der Kommission in Brüssel stoßen könnte.

Aus dem Symposium könnten sich weitere Aufträge für Untersuchungen und Projekte ergeben. Das Ziel wäre, in einer späteren Phase auch die Ministerien für entwicklungspolitische Zusammenarbeit der EU-Staaten mit ihren Möglichkeiten, wie auch die EU-Kommission mit ihren regionalen Förderprogrammen einzubeziehen.

Im Schatten des Krieges

Dr.med Gisela Penteker, höchst aktive Mitarbeiterin im Dialog-Kreis und Vorstandsmitglied der IPPNW hat jährlich die Türkei bereist, um mit FachkollegInnen demokratischen Plattformen und sozialen Einrichtungen über Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu sprechen. Hier ihr kurzer Bericht aus dem Jahr 2003.

8.IPPNW-ÄrztInnen-Delegationsreise in die Türkei vom 13. bis 22. 3. 2003 nach Adana, Viransehir, Diyarbakir, Elazig, Tunceli und Van.

„Schreib Dir das in Deinen Kopf: Es gibt ein Kurdenproblem und es gibt ein Problem der Kurden. Das muß man trennen. Das Kurdenproblem ist ein politisches Problem, für das eine politische Lösung gefunden werden muß. Das Problem der Kurden ist die Verelendung. Die Kurden verhungern. Wenn hier nicht konkret und praktisch geholfen wird, wird die Lösung der politischen Kurdenfrage zu spät kommen und sinnlos sein.“

Das war die schnelle Antwort von Dr. Mahmut Ortakaya, dem Urgestein der Ärztekammer Diyarbakir, als ich ihm das Memorandum des Dialogkreises gab, mit der Bitte, es kritisch zu lesen und zu kommentieren.

Die zunehmende Verelendung großer Teile der kurdischen Bevölkerung in der gesamten Türkei aber besonders im Südosten war neben der Bedrohung durch den Krieg das zentrale Thema unserer diesjährigen Gespräche mit Kollegen und Menschenrechtlern.

Vier Jahre nach dem Ende der bewaffneten Auseinandersetzung mit der PKK ist die erhoffte Verbesserung ausgeblieben. Nur wenige Flüchtlinge konnten in ihre Dörfer zurückkehren. Landwirtschaft und Viehzucht sind vielerorts nicht möglich, die Arbeitslosigkeit liegt über 80%. Trotz der bewundernswerten Initiative einzelner meist HADEP-Bürgermeister zur Verbesserung der städtischen Infrastruktur, konnten nur punktuelle Fortschritte erzielt werden z.B. bei der Wasseraufbereitung und der Kanalisation in Diyarbakir. Vonseiten der Zentralregierung gibt es keine Förderung. Im Gegenteil, die Eigeninitiativen werden gezielt behindert. Die Repression hat zwar vordergründig abgenommen. Wir hatten erstmals keinen Begleitschutz. Es kommt aber weitehin zu willkürlichen Verhaftungen und die Fälle von Folter nehmen sogar zu. Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen haben die Folterer weiterhin keine Strafe zu befürchten.

Die Wirtschaftskrise wirkt sich im Armenhaus Südosten besonders gravierend aus. Der Schwarzhandel mit dem Irak, der zumindest einigen Familien das Überleben gesichert hat, ist unterbunden. Die neue Regierung hat ihren Vertrauensbonus schon verspielt – soweit sie überhaupt einen hatte. Die Macht hat weiterhin das Militär.

Das weckt in der kurdischen Bevölkerung alte Ängste. Wird der türkische Staat/das Militär nicht versuchen, im Schatten des Irakkrieges die Kurdenfrage auf die bekannte radikale Weise endgültig zu lösen? Warum wird gerade jetzt Abdullah Öcalan auf Imrali noch mehr isoliert? Warum wird die kurdische HADEP-Partei gerade jetzt verboten? Warum werden die grenznahen Provinzen wieder zum Ausnahmezustandsgebiet erklärt?

Ebenso alt und tief verwurzelt ist die Angst vor Saddam Hussein und seinen chemischen Waffen. Halabja ist allgegenwärtig.

Trotzdem werden die ersten Verluste der alliierten Truppen mit Häme kommentiert. Die Arroganz der Amerikaner hat ihnen hier keine Freunde gemacht. So erzählten uns z.B. die Frauen von Kamer in Diyarbakir (Frauzentrum gegen Gewalt in der Familie), daß die Stadt Mardin aufgefordert wurde, ein Bordell für die Soldaten einzurichten. In anderen Ortschaften hätten die Menschen beraten, wie sie ihre Töchter vor den falschen Versprechungen der Soldaten schützen könnten.

In allen Städten sind Antikriegsplattformen entstanden, an denen sich ein breites Bündnis ziviler Gruppen beteiligt. Überall hängen Plakate mit der Aufschrift: Savas Hayir – Krieg Nein. Dabei sind die Aktivisten gut informiert. In Tunceli z.B. fragte uns der Vorsitzende des Gewerkschaftsbündnisses nach unseren Erkenntnissen zur Uranmunition. Ich war froh, daß ich darüber Auskunft geben konnte, weil ich zu diesem Thema vor den Kollegen in Diyarbakir ein Referat gehalten hatte.

Der Krieg war das beherrschende Thema bei allen Gesprächen, mit den Vertretern der Parteien und zivilen Organisationen aber auch mit den Menschen im Hotel und auf der Strasse. Das Newrozfest in Diyarbakir war eine große bunte Friedensdemonstration.

Dr. med. Gisela Penteker

1. Juni 2004: Das Fenster für den Frieden offen halten!

Erneut wächst Gewalt im türkisch-kurdischen Konflikt. Die PKK-Guerilla hat gerade ihren etwa 5-jährigen einseitigen Waffenstillstand zum 1. Juni für beendet erklärt, da ihr Friedensangebot zu keiner angemessenen Reaktion Ankaras geführt habe. Doch die internationale Politik bemüht sich nicht, diesen Konflikt durch einen konstruktiven Dialog beizulegen. Vor diesem Hintergrund wenden sich 20 Intellektuelle, Politiker, Menschenrechtler, Friedens- und Kirchenleute an die Konfliktparteien, aber auch an die EU-Staatengemeinschaft und die Bundesregierung.

Norbert Blüm, Andreas Buro, Amke Dietert, Hans-Peter Dürr, Heiner Geißler, Ulrich Gottstein, Günter Grass, Jörn-Erik Gutheil, Inge Jens, Walter Jens, Wolfgang Jungheim, Heiko Kauffmann, Hans Koschnick, Jürgen Micksch, Jürgen Neitzert, Horst-Eberhard Richter, Gisela Penteker, Herbert Schnoor, Mehmet Sahin und Mani Stenner sagen:

Wer über den EU-Beitritt der Türkei spricht, darf zur Kurdenfrage nicht schweigen

Die Türkei hat große Reformschritte unternommen, um der Europäischen Union beitreten zu können. Bisher hat sie dabei allerdings die Kurdenfrage weitgehend ausgeklammert. Das deutsche „Forum Menschenrechte“ erklärte jüngst: „Vor allem Menschenrechtler und Angehörige kurdischer Parteien und Organisationen sind nach wie vor in großem Umfang mit politischen Prozessen konfrontiert und von Haftstrafen bedroht.“ Solange sich die Türkei nicht vom Verfassungsprinzip eines Nationalismus verabschiedet, der in der Praxis alle Staatsbürger ausgrenzt, deren Muttersprache nicht türkisch ist, kann in der Türkei von einer Gleichbehandlung aller Staatsbürger nicht ausgegangen werden.

Ohne die Lösung der kurdischen Frage kann die Türkei ihre menschenrechtlichen Defizite nicht überwinden, da die schweren kulturellen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Einschränkungen vor allem gegenüber der großen kurdischen Bevölkerung selbst eine zentrale Verletzung der Menschenrechte darstellen. Ein zentraler Schlüssel zur EU liegt in der Lösung der Kurdenfrage.

Die ausgrenzende Behandlung der Kurden ist auch mit dem Selbstverständnis der EU unvereinbar. Im Vielvölker-Kontinent Europa ist es absurd, die Vielfalt von Kulturen, Völkern und Sprachen zu negieren.

Eine Unterstützung des EU-Aufnahme-Begehrens der Türkei bedeutet deshalb auch, alles zu tun, damit endlich im Dialog und durch gezielte Schritte der Regierung der kurdischen Bevölkerung eine gleichberechtigte Existenz in der Türkei gesichert wird.

Wir bitten deshalb die Bundesregierung, die ein hohes Ansehen in der Türkei genießt, und die für die Vorverhandlungen zuständige Kommission der EU in Brüssel, im Dialog mit Ankara die Kurdenfrage auf die

Tagesordnung zu setzen. Wir bitten, um ein deutliches Signal zur Dringlichkeit der Lösung dieses Problems.

An Türken und Kurden appellieren wir, auf Gewalt zu verzichten, und die seit Jahrhunderten zwischen ihnen bestehende Freundschaftsbrücke wieder zu begehen, um miteinander im Dialog und im gegenseitigen Respekt die Aussöhnung zu suchen.

Die EU Kandidatin Türkei und die Kurdenfrage

Konferenz am 11. Juni 2004 im Abgeordnetenhaus Berlin

Mit dieser Konferenz wollen die veranstaltenden Organisationen, die seit vielen Jahren für eine friedliche politische Lösung der Kurdenfrage im Rahmen der Türkei eintreten, eine Klärung voran treiben, welche Vorstellungen, Erwartungen und Bereitschaft auf türkischer und auf kurdischer Seite bestehen, um zu einer Aussöhnung zu gelangen und wie von außen dazu beigetragen werden kann.

Zur Begründung führen wir an:

Die Türkei hat große Reformschritte unternommen, um der Europäischen Union beitreten zu können. Bisher hat sie dabei allerdings die Kurdenfrage weitgehend ausgeklammert. Das deutsche „Forum Menschenrechte“ erklärte jüngst: „Vor allem Menschenrechtler und Angehörige kurdischer Parteien und Organisationen sind nach wie vor in großem Umfang mit politischen Prozessen konfrontiert und von Haftstrafen bedroht.“ Solange sich die Türkei nicht vom Verfassungsprinzip eines Nationalismus verabschiedet, der in der Praxis alle Staatsbürger ausgrenzt, deren Muttersprache nicht türkisch ist, kann in der Türkei von einer Gleichbehandlung aller Staatsbürger nicht ausgegangen werden.

Ohne die Lösung der kurdischen Frage kann die Türkei ihre menschenrechtlichen Defizite nicht überwinden, da die schweren kulturellen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Einschränkungen vor allem gegenüber der großen kurdischen Bevölkerung selbst eine zentrale Verletzung der Menschenrechte darstellen. Der Schlüssel zur EU liegt nicht zuletzt in der Lösung der Kurdenfrage.

Die ausgrenzende Behandlung der Kurden ist auch mit dem Selbstverständnis der EU unvereinbar. Im Vielvölkerkontinent Europa ist es absurd, die Vielfalt von Kulturen, Völkern und Sprachen zu negieren.

Eine Unterstützung des Aufnahme-Begehrens der Türkei bedeutet deshalb auch, alles zu tun, damit endlich im Dialog und durch gezielte Schritte der Regierung der kurdischen Bevölkerung eine gleichberechtigte Existenz in der Türkei gesichert wird.

Um hierzu beizutragen, haben die Organisationen zu einer Konferenz in das Abgeordnetenhaus Berlin eingeladen. Über die Konferenz berichtet das Buch des Dialog-Kreis Die EU-Kandidatin Türkei und die Kurdenfrage, Mit Beiträge von: **Hans Koschnick** (Bürgermeister a.D.),

Dr. Herbert Schnoor (Staatsminister a.D.), **Ruprecht Polenz** (MdB), **Amke Dietert** (amnesty international), **Dr. med. Tarik Ziya Ekinici** (ehemaliger Parlamentarier in der Türkei), **Prof. Dr. Baskin Oran** (Universität Ankara), **Prof. Dr. Andreas Buro** (Koordinator des Dialog-Kreises), **Giyasettin Sayan** (MdB Berlin) und **Mehmet Sahin** (Geschäftsführer des Dialog-Kreises).

Im Editorial der Dokumentation ist u. a. zu lesen:
Diese tragische Situation, die Möglichkeit der Lösung eines 80 Jahre währenden Konflikts ungenutzt verstreichen zu lassen, war die starke Motivation für den Dialog-Kreis und die mitveranstaltenden Verbände, diese Konferenz einzuberufen. Wir wollten stellvertretend für die versagende Politik der Staaten die Notwendigkeit einer Politik der Aussöhnung erklären, einen ersten Versuch des Dialogs aus türkischer und kurdischer Sicht versuchen und Anregungen für die EU-Staaten geben, sich friedenspolitisch noch rechtzeitig einzumischen. Denn die Tatsache, dass das Fenster der Möglichkeit nicht genutzt wurde, ist auch den EU-Staaten anzulasten, die den Konflikt einseitig unter dem Aspekt „Terrorismus gegen staatliche Autorität“ behandelten und kein Sentorium hatten für die berechtigten Anliegen der kurdischen Seite, deren Kultur von der kemalistischen Türkei ausgelöscht werden sollte. (...)

10. 12. 2004: Offener Brief an den Bundeskanzler und den Bundesaußenminister zu den EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

*Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
Sehr geehrter Herr Außenminister,*

nach unseren Informationen soll in der vorgesehenen Stellungnahme der EU zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, die Kurdenfrage kaum erwähnt werden, obwohl die bisher fehlende Aussöhnung zwischen Türken und Kurden in der Türkei der Schlüssel zur Bewältigung der großen Menschenrechtsdefizite in der Türkei darstellt.

Wir bitten Sie daher, sich bei den Verhandlungen der EU-Staats- und Regierungschefs am 17. Dezember 2004 dafür einzusetzen, dass die „Lösung der Kurdenfrage“ ausdrücklich in der EU-Entscheidung als wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Beitrittsverhandlungen genannt wird. Sie läßt sich nicht aufgrund der Besonderheiten der politischen Entwicklung in der Türkei im vergangenen Jahrhundert unter dem Thema Minderheiten abhandeln. (...)

Wenn sich die EU für die Lösung der kurdischen Frage im Rahmen der Beitrittsverhandlungen engagiert, besteht die Möglichkeit, eine Gewalteskalation in der Türkei zu vermeiden und präventiv zu Aussöhnung und Frieden beizutragen. Wir bitten Sie, sich hierfür am 17. Dezember einzusetzen.

Freundlich grüßend

Prof. Dr. Andreas Buro Mehmet Sahin

Koordinator

Geschäftsführer des Dialog-Kreises

13. 12. 2004: Repräsentanten der Kurden in der Türkei melden sich erstmals öffentlich zu Wort

Erstmals haben sich über 200 kurdische Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Kultur, Menschenrechtsarbeit, aus vielen anderen Bereichen und unterschiedlicher politischer Couleur öffentlich zu den grundsätzlichen Positionen und Forderungen der Kurden in der Türkei geäußert. Sie treten für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU ein, wenden sich gegen zweierlei Standards an Rechten in der türkischen Gesellschaft und formulieren ihre Ansprüche für Frieden, Stabilität und Gerechtigkeit in der Türkei.

Obwohl sie mit ihrer Stellungnahme den von Ankara immer wieder erhobenen Vorwürfen des kurdischen Separatismus eine eindeutige Absage erteilen, wurden sie dennoch von Premierminister Erdogan bis zum Parlamentspräsidenten als Verräter und Handlanger ausländischer Mächte abgestempelt. Der Justizminister ging einen Schritt weiter und drohte öffentlich, dass die Unterzeichner dafür zu Büßen haben werden, weil im Text folgender Absatz steht: „*Sie (Die Türkei) muss insbesondere den kurdischen Mitbürgern die Rechte garantieren, die den Bürgern der demokratischen europäischen Staaten wie den Basken, Katalanen, Schotten, Lappen, Südtirolern oder Wallonen zuerkannt werden, bzw. die sie selbst für die Türken auf Zypern einfordert.*“

Der Text sorgt seit Tagen für Wirbel in der türkischen Presse und bewirkt Einigkeit unter der türkischen Elite – egal ob sie dem Opposition- oder Regierungslager, ob sie der türkischen Unternehmer- oder Medienwelt angehören – gegen die wohl sehr berechtigten Forderungen der Kurden.

Wegen der großen Bedeutung dieser Stellungnahme verbreitet der Dialog-Kreis den Text der kurdischen Persönlichkeiten in deutscher Übersetzung:

Was wollen die Kurden in der Türkei?

Die Kurden, die im Fortschrittsbericht der EU-Kommission vom 6. Oktober zahlenmäßig mit 15–20 Millionen angegeben sind, bilden nahezu ein Viertel der Bevölkerung der Türkei.

Wie für jede menschliche Gemeinschaft, die sich im Laufe der Geschichte herausgebildet hat, ist es das natürliche Recht auch der Kurden, mit Stolz auf dem Territorium ihrer Vorfäter zu leben, ihre Identität, Kultur und Sprache zu bewahren und frei ihren Kindern weiterzugeben.

Dieses Volk, dem im 20. Jahrhundert viel Unrecht geschehen ist, sieht den Beitrittsprozess der Türkei zur Europäischen Union, welche sie als eine friedliche, demokratische, pluralistische und multikulturelle Gemeinschaft empfindet, als Hoffnung auf eine bessere Zukunft für sich selbst. Um dieser Familie von Demokratien beitreten zu können, muss die Türkei ein wirklich demokratisches Land werden, das die kulturelle Vielfalt und den politischen Pluralismus achtet.

Die Türkei muss insbesondere den kurdischen Mitbürgern die Rechte garantieren, die den Bürgern der demokratischen europäischen Staaten wie den Basken,

Katalanen, Schotten, Lappen, Südtirolern oder Wallonen zuerkannt werden, und die sie selbst für die Türken auf Zypern einfordert.

Das öffentliche Gewissen darf eine Politik mit zweierlei Standard nicht hinnehmen; eine derartige Politik würde nicht nur zunehmend die ideelle Glaubwürdigkeit Europas erschüttern, sondern führte auch dazu, dass das Image des türkischen Regimes im Ansehen der europäischen Öffentlichkeit Schaden nimmt.

Der Europa-Prozess eröffnet den Türken und Kurden neue und hoffnungsträchtige Perspektiven und bietet ihnen die Chance, die Kurdenfrage innerhalb der vorhandenen Staatsgrenzen auf friedliche Weise zu lösen. Diese historische Gelegenheit muss genutzt werden.

In diesem Zusammenhang sehen es die Unterzeichner dieser Petition, Personen, die die politische und kulturelle Vielfalt der kurdischen Gesellschaft repräsentieren, für unbedingt erforderlich an, folgende Maßnahmen für eine demokratische Lösung zu ergreifen:

Ausarbeitung und Inkraftsetzung einer neuen, modernen und demokratischen Verfassung, in der die Existenz des kurdischen Volkes anerkannt wird, und die ein Bildungs- und Unterrichtssystem in der eigenen Sprache sowie Medienaktivitäten und das Recht auf Gründung von Vereinen, Institutionen und Parteien unter der eigenen Identität, unter Garantie stellt. In ihnen müssten die Kultur und die politischen Forderungen frei zum Ausdruck gebracht und vertreten werden dürfen;

Erlass einer politischen Generalamnestie zur Schaffung von Frieden und Sicherheit und zur endgültigen Beendigung von Gewalt und bewaffneten Auseinandersetzungen.

Ausarbeitung und Umsetzung eines umfassenden Entwicklungsprogramms mit europäischer Unterstützung, das den wirtschaftlichen Wiederaufbau der kurdischen Gebiete zum Ziel hat, und in dem es auch um den Wiederaufbau von über 3400 kurdischen Dörfern, die in den 1990' er Jahren zwangsgeräumt wurden, und um Fördermaßnahmen für die Rückkehr von etwa drei Millionen Kurden in ihre Heimatgebiete geht.

Wir fordern von der Türkei und den Verantwortlichen der Europäischen Union, diese legitimen Forderungen der Kurden in der Türkei zu erfüllen, um Frieden, Stabilität und Gerechtigkeit in der Region zu verwirklichen und diese Forderungen als ein wesentliches Element der Beitrittsverhandlungen der Türkei auf dem Wege zur Europäischen Union zu betrachten.

30. 5. 2005: Dringender Hilferuf an die Politik

Die türkische Lehrgewerkschaft soll wegen der Forderung nach muttersprachlichem Unterricht verboten werden

Der Lehrgewerkschaft Egitim-Sen in der Türkei droht das Verbot. Die Egitim-Sen ist mit 200 000 Mitgliedern die stärkste und aktivste Gewerkschaft sowohl in der Türkei als auch im gesamten Nahen Osten. Nicht nur für gewerkschaftliche Rechte sondern auch für die Demokratisierung des Landes leistet Egitim-Sen einen erheblichen Beitrag.

Das Verbotsverfahren gegen die Gewerkschaft wurde im vergangenen Jahr auf Forderung des Generalstabs und die darauf folgende Anzeige des Gouverneursamtes in Ankara eingeleitet. Der Grund ist eine Formulierung in der Satzung der Gewerkschaft zur muttersprachlichen Erziehung. Der Sache nach geht es dabei vornehmlich um den muttersprachlichen Unterricht für den kurdisch stämmigen Teil der Bevölkerung. Diese Forderung stellt in den Augen der Militärs einen Angriff auf die staatliche Einheit der Türkei dar. (...)

Der Dialog-Kreis, der sich seit 10 Jahren für eine friedliche politische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts im Rahmen der Türkei einsetzt, hat daher an den Bundeskanzler, an die Gewerkschaften und die Spitzenpolitiker der EU einen dringenden Hilferuf ausgesandt, bei der Europäische Kommission für einen solchen Antrag einzutreten, damit die Lehrgewerkschaft Egitim-Sen – ein wichtigster Akteur für die Demokratisierung der Türkei – nicht zum Schweigen gebracht wird.

30. 9. 2005: Ein Appell aus Europa für Frieden und Dialog im türkisch-kurdischen Konflikt

Immer noch harrt die kurdische Frage einer gerechten und demokratischen Lösung. Sie würde auch wesentlich zum Frieden im Mittleren Osten beitragen. Die wieder aufgeflamten Kämpfe in kurdischen Gebieten in der Türkei haben zu einer weiteren Verschärfung der gesellschaftlichen Probleme des Landes geführt. Es besteht die Gefahr einer weiteren Eskalation.

In dieser kritischen Situation übernahm eine Gruppe von türkischen Intellektuellen die Initiative und appellierte an die Konfliktparteien, sämtliche militärischen Auseinandersetzungen einzustellen und für eine vollständige Beendigung der Atmosphäre der Gewalt zu sorgen. Die türkische Regierung wurde des Weiteren aufgefordert, demokratische Schritte zur Lösung der kurdischen Frage zu unternehmen.

Inzwischen erkannte der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan in einer Rede, die er am 12. August in Diyarbakir nach einem Gespräch mit türkischen Intellektuellen hielt, die Existenz der kurdischen Frage an. In dieser Rede gestand er erstmals Fehler in der türkischen Politik und sprach sich dafür aus, eine Lösung der kurdischen Frage im Rahmen einer Ausweitung des demokratischen Reformprozesses anzustreben. Diesen Vorschlag halten wir für konstruktiv, da er die Chance bietet, eine Basis für eine Lösung zu schaffen.

Auch die kürzlich ausgerufene einmonatige Waffenruhe von Kongra-Gel ist in diesem Sinne als konstruktiver Beitrag zu einer friedlichen Lösung zu werten. Die vergangenen Jahre der blutigen Kämpfe und der Tränen haben gezeigt, dass sich die kurdische Frage nicht mit Gewalt lösen lässt. Diese Einsicht ist für eine Vertiefung des jetzigen Prozesses von Nöten, um letztendlich auf demokratischem Wege zu einem dauerhaften Frieden zu kommen.

Die genannten Entwicklungen in der Türkei geben Anlass zu der Hoffnung, die kurdische Frage in der Türkei könne in absehbarer Zeit gelöst werden. Damit

dies nicht bei Worten bleibt wie oftmals in der Vergangenheit, bedarf es weiterer Schritte, die der Vertrauensbildung dienen müssen. Deshalb fordern wir als europäische Intellektuelle, Künstler, politisch aktive Menschen und Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen von beiden Konfliktparteien, dass diese alle notwendigen Schritte unternehmen, damit der sich anbahnende Friedensprozess nicht ins Stocken gerät. Die internationale Gemeinschaft bitten wir, solche Bemühungen unterstützend zu begleiten.

- Wir rufen die Konfliktparteien auf, den jetzigen Prozess im Geiste des Friedens, der Demokratie und der Menschenrechte zu entwickeln, damit aus der jetzigen Situation ein dauerhafter Frieden erwächst.
- Die Europäische Union bitten wir, eine aktive Rolle zu übernehmen, um den für einen Friedensprozess notwendigen Dialog zu fördern,
- und die internationalen Institutionen fordern wir zur Unterstützung aller der Kräfte und Institutionen in der Türkei auf, die mit ihrem Wirken zum Frieden und zur Demokratie beitragen.

UnterzeichnerInnen

1. Danielle Mitterand, Fondation France Liberte
2. José Bové, Via Campesina – World Confederation of Peasants, Spokesperson
3. M. Dominique Sopo, President of SOS Racisme
4. Samuel Thomas, Vice-President of SOS Racisme
5. Alain Calles, Sociologist
6. Joël Dutto, Regional Councillor, Delegate for Humanitarian Mission
7. Bernard Granjon, Honorary President of Medecins du Monde
8. Sophie Roudil, Secretary General of Solidarite-Liberte, Marseille
9. Georges Sinibaldi, President, Solidarite-Liberte
10. Kleiv Fiskvik, Norwegian Trade Union Confederation (LO)
11. Thorvald Steen, Writer
12. Erling Folkvord, Former Norwegian Socialist Party MP and Writer
13. William Nygaard, President, Norwegian Editors Union and Member of Executive Council of Norwegian PEN
14. Björn Jacobsen, Socialist Party Member of Parliament and Member of Parliamentary Foreign Affairs Commission
15. Knut Kjeldstadli, Professor History, Oslo University
16. M. Kristin Halvorsen, Socialist Party President
17. M. Reza Rezai, Socialist Party International Relations Secretary
18. M. Hallgeir Langeland, Socialist Party Member of Parliament
19. Esben Laukeland, Journalist
20. Peter M. Johansen, Journalist
21. Lars Ohly, President, Swedish Left Party
22. Lotta Hedström, Swedish Green Party Member of Parliament, Committee for Foreign Affairs
23. Agne Hansson, Swedish Central Party
24. Siw Handros-Kelekay, Member of Kurdish-Finnish Peace Council and Cultural Solidarity Association)
25. Elina Järvenpää, Engineer and Member of Kurdish-Finnish Peace Council and Cultural Solidarity Association
24. Rune Lund, Red-Green Alliance Member of Parliament
25. Lord Dholakia, House of Lords, Liberal Democrat
26. Lord Toby Harris, House of Lords, Labour
27. Lord Rea, House of Lords, Labour
28. Alyn Smith MEP, Member of European Parliament
29. John Austin MP, House of Commons, Labour
30. Hywel Williams MP, House of Commons, Plaid Cymru
31. John McDonnell MP, House of Commons, Labour
32. Hugo Charlton, Chair, Green Party of England, Scotland and Wales
33. Mark Thomas, Comedian
34. Nick Hildyard, Policy Analyst
35. Stewart Hemsley, Chair, Pax Christi, UK
36. Bill Speirs, General Secretary Scottish Trades Union Council
37. Jacobo Venier, Spokesperson for International Relations of Italian Communist Party
38. The Honourable Oliviero Diliberto, Deputy and General Secretary of Italian Communist Party, Former Minister of Justice
39. Hugo Van Rompaey, Honorary Senator
40. Jan Beghin, Deputy Socialist Party Alternative, SPIRIT
41. Lionel Vandenberghe, Senator, SPIRIT
42. Mahfouh Romdhani, Vice- President of Brussels Parliament
43. Jan Loones, Deputy for Vlaamsblok in Belgian Parliament
44. Massimo D'Alema, European Deputy of Socialist Group, Italy
45. Jean Lambert, Green Goup Deputy, UK
46. M. De Heer Jean-Luc Dehaene, European Deputy of PPE-DE-Belgium
47. M. Francis Wurtz, European Deputy and President of the Co Federal Group of GUE (United Left Group), France
48. M. Vittorio Agnoletto, European Deputy of the Co Federal Group of GUE, Italy
49. Luisa Morgantini, European Deputy of the co federal group of GUE, Italy
50. M. Alain Lipietz, European Deputy of Green Group ALE
55. Urs Miller (deputy of Basel Basta party and chef of fraction)
56. Wettstein Annette, deputy of Basel Greens Party)
57. Maya Heuschmann, (coordination of Amnesty International, Switzerland)
58. Meyer Jurg, (deputy of Basel Socialist Party, journalist)
59. Jams Beat, president of Basel Socialist Party, and MP.
60. Imre Kertesz, Nobel Prize Winner
61. Roland Appel
62. Dr. Norbert Blüm, Bundesarbeitsminister a.D.
63. Hans Branscheidt, Mezopotamian Development
64. Prof. Dr. Andreas Buro, Koordinator, Dialog-Kreis
65. Manfred Coppik, Rechtsanwalt und Notar, ehem. MdB
66. Prof. Dr. Frank Deppe
67. Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Landes Verband Baden-Württemberg
68. Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Gruppe Frankfurt
69. Helga Dieter, Komitee für Grundrechte und Demokratie
70. Prof. Dr. Barbara Dietrich
71. Prof. em. Dr. Dr. h.c. Hans-Peter Dürr, Max-Planck-Institut, Vorsitzender Global Challenges Network (GCN)
72. Dr. Ute Finckh, Vorsitzende, Bund für Soziale Verteidigung
73. Jürgen Gerdes, Landessprecher, Freie Humanisten Niedersachsen
74. Jan Gildemeister, Geschäftsführer, Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)
75. Gabriele Gillen, Redakteurin/Autorin, WDR
76. Jürgen Glökler
77. Prof. Dr. med. Ulrich Gottstein, Vorstandehrenmitglied, IPPNW
78. Dr. Rolf Gössner, Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte
79. Günter Grass, Nobelpreisträger

80. Landesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen
81. Friedel Grütmacher, MdL, Rheinland-Pfalz
82. Nina Hagen, Künstlerin
83. Regina Hagen, Friedensforscherin
84. Enno Hagenah, MdL, Niedersachsen
85. Dieter Hildebrandt, Kabarettist
86. Prof. Dr. Joachim Hirsch
87. IPPNW – Deutsche Sektion der Internationalen
Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer
Verantwortung
88. Ernst-Ludwig Iskenius, Refugio VS
89. Hubertus Janssen, Pfarrer
90. Ulla Jarusch, Öffentliche Aufforderung zum gewaltfreien
Widerstand gegen Rüstung und Krieg
91. Dr. Dr. h.c. Inge Jens
92. Prof. Dr. Dr. h.c. Walter Jens
93. Wolfgang Jungheim, Pater
94. Heiko Kauffmann, Vorstandsmitglied, Pro Asyl /
Aktion Courage
95. Dietrich Kittner, Kabarettist
96. Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.
97. Hans Koschnick, Bürgermeister a.D.
98. Claudia Küchenbauer, Leiterin, Arbeitsstelle für gewaltfreie
Konfliktbearbeitung der ELKIB
99. Oskar Lafontaine, MdB
100. Felicia Langer, Autorin, Juristin
101. Georgia Langhans, MdL, Niedersachsen
102. Herbert Leuninger, Pfarrer i.R.
103. Dr. Manfred Lotze, IPPNW
104. Dr. Gerald Mader, Präsident, Österr. Studienzentrum f.
Frieden und Konfliktlösung
105. Heidi Merk, MdL, Landesministerin a.D.
106. Dr. Jürgen Micksch, Vorsitzender, Interkultureller Rat in
Deutschland
107. Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr
108. Prof. Dr. Oskar Negt
109. Br. Jürgen Neitzert, Koordination Gerechtigkeit und Frie-
den der Franziskaner
110. Horst Oberkamp, Pfarrer, Solidaritätsgruppe TUR ABDIN
und Nord Irak
111. Prof. Dr. Norman Paech
112. Peggy Parnass, Schriftstellerin, Journalistin
113. Annette Paschke, Pax Christi, Kommission
Asyl-Flüchtlinge
114. Dr. med. Gisela Penteker, Türkeibeauftragte, IPPNW
115. Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V.
116. Prof. Dr. Dr. Horst-Eberhard Richter
117. Manfred Richter, Pfarrer
118. Beate Roggenbuck, Geschäftsführerin, Helsinki Citizens
Assembly
119. Prof. Dr. Roland Roth, Komitee für Grundrechte und
Demokratie
120. Mehmet Sahin, Geschäftsführer, Dialog-Kreis
121. Bernd-Jürgen Salzmänn, Pax Christi Ravensburg
122. Joachim Schaefer, Jugendnetz Wetzlar
123. Dr. h.c. Schmalstieg, Oberbürgermeister von Hannover
124. Thomas Schmidt, Generalsekretär, Europäische Vereini-
gung von Juristinnen und Juristen für Demokratie und
Menschenrechte in der Welt e.V.
125. Dr. Herbert Schnoor, Staatsminister a.D.
126. Dr. Alexander Schubart
127. Heide Schütz, Vorsitzende, Frauennetzwerk für Frieden
e.V.
128. Prof. Dr. Eva Senghaas-Knobloch
129. Christa Stolle, Geschäftsführerin, Terre des Femmes e.V.
130. Prof. Dr. Klaus Traube
131. Bodo Ulrich, Fernsehregisseur
132. Willi van Ooyen, Frieden- und Zukunftswerkstatt e.V.
133. Friedrich Vetter, Pfarrer
134. Kathrin Vogler, Sprecherin, Kooperation für den Frieden
135. Dr. Rheinhard Voß, Generalsekretär, Pax Christi
Deutschland
136. Günter Wallraff, Autor / Schriftsteller
137. Stefan Wenzel, MdL, Niedersachsen
138. Rudolf Wessler, Pfarrer
139. Prof. Dr. Dr. Ernst Voit, Gemeinschaft für Menschen-
rechte im Freistaat Sachsen (GMS) e.V.
140. Karaman Yavuz, Regisseur, TV-Journalist
141. Andreas Zeddel, Friedensgruppe Altenholz

Publikationen

Artikeldienst

Im Rahmen des Artikeldienstes werden Themen, die den Rahmen der Nützlichen Nachrichten sprengen würden, ausführlicher behandelt und über Fax, e-mail und Post an Hunderte von Zeitungen, Zeitschriften, interessierte Organisationen und Institutionen sowie Einzelpersonen geschickt.

Einige Aufsätze:

- Wer über Bosnien empört ist, darf zum Krieg in der Türkei nicht schweigen, von Andreas Buro, Oktober 1995
- Der steile Weg zum türkisch-kurdischen Frieden, von Andreas Buro, Januar 1996
- Maßnahmenkatalog für die Beendigung des Krieges in der Türkei und für eine friedliche Beilegung der Kurdenfrage, von Mehmet Sahin, Januar 1996
- Zur Entwicklung der militärischen Konstellation im Nahen Osten: die militärische Kooperation zwischen der Türkei, Israel und den USA, von Andreas Buro, November 1998
4. Ärztinnen-Delegationsreise, von Dr. Gisela Penteker, März 1999
- Kosovo Maßstab für Kurdistan, von Mehmet Sahin, April 1999
- Aide-mémoire: Vorschläge zu aktuellen Handlungsmöglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland und zu einer europäischen Friedensagenda für eine politische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts, von Andreas Buro, Mai 1999
- Einladung zu einem Beitrag für Demokratie und Frieden in der Türkei und Kurdistan, von Mehmet Sahin, Mai 1999
- Die Türkei – Ein Land sucht seinen Weg?, von Mehmet Sahin, Juni 1999

- Hoffnungen auf eine friedliche politische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts, von Andreas Buro, August 1999
- Eröffnungsrede zum Gerichtsjahr 1999-2000, von Dr. Sami Selcuk, Erster Vorsitzender des Kassationshofes, Oktober 1999
- „Europäische Perspektiven“ für die Türkei mit Waffen? Über die Kontinuität bei deutsch-türkischen Rüstungsgeschäften, von Ralf Kaufeldt, Dezember 1999
- Hisbollah: uneheliches Kind des türkischen Staates, von Mehmet Sahin, Februar 2000
- Ursachen bekämpfen, in Dialog treten und das PKK-Verbot aufheben, von Mehmet Sahin, Januar 2000
- Ohne Lösung der Kurdenfrage kein Beitritt der Türkei zur EU, von Mehmet Sahin und Ralf Kaufeldt, Mai 2000
- Wie EU-Kandidat Türkei mit Menschenleben umgeht oder die Gefängnisse der Türkei bluten, von Mehmet Sahin, Juni 2001
- Ein politischer Projektbericht zu Irakisch-Kurdistan, von Mehmet Sahin, Juli 2003
- Deutschland sollte zur Aussöhnung ermutigen, Gastbeitrag von Andreas Buro in FR, 01.09.2003
- Die Wende in der seit zwei Jahrhunderten blutenden kurdischen Wunde – über die Entwicklungen in Irakisch-Kurdistan, von Mehmet Sahin, Januar 2004
- Die EU-Kandidatin Türkei und die Kurden im Jahre 2004, von Mehmet Sahin, Januar 2004
- Flüchtlinge im eigenen Land – Die kurdischen Vertriebenen, von Mehmet Sahin, September 2004
- Wie reif ist die Türkei für die EU?, von Mehmet Sahin, März 2005
- Irak – wohin?, Gastkolumne von Andreas Buro in Neues Deutschland, 26.11.2005

Abschließende Bemerkung

In diese kurze Übersicht konnten nur die wichtigsten Elemente der Arbeit des Dialog-Kreises aufgenommen werden. Darüber hinaus gab es eine Fülle weiterer Aktivitäten und Detailarbeit. Die oben aufgelisteten Tätigkeiten wurden von Menschen mit einer täglichen Einsatzkapazität von 8–10 Stunden ehrenamtlicher Arbeit geleistet. Ferner haben wir bei unseren Bemühungen von vielen Seiten ehrenamtliche und finanzielle Unterstützung erfahren, für die wir uns sehr bedanken. Wir sind auch weiterhin darauf angewiesen.

Impressum

Die Nützlichen Nachrichten erscheinen in unregelmäßiger Folge, möglichst jedoch 4 x jährlich.

Sie werden herausgegeben vom DIALOG-KREIS

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, 51124 Köln

Tel. 0 22 03/1 26 76, Fax 0 22 03/1 26 77

E-Mail: dialogkreis@t-online.de, <http://www.dialogkreis.de>

Redaktionsgruppe: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz, Mani Stenner

Die Arbeit des Dialog-Kreises ist auf Spenden und Unterstützungsbeiträge angewiesen.

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 915 25 39, BLZ 370 501 98 bei der Stadtsparkasse Köln.

Diese Publikation wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

G I 4 654

NN 38, Dezember 2005

(Redaktionsschluss: 2. 12. 2005)

**Port payé
Köln
Allemagne**

Sendung zu ermäßigtem Entgelt
Envoi à taxe réduite

PUBLIKATIONEN

Aufruf:

„Krieg in der Türkei: Die Zeit ist reif für eine politische Lösung!“

Der Aufruf: „Krieg in der Türkei: Die Zeit ist reif für eine politische Lösung!“ wurde in deutscher, englischer und türkischer Sprache in hoher Auflage gedruckt, allen Interessierten zugänglich gemacht und von vielen deutschen, türkischen und kurdischen Zeitschriften und Zeitungen abgedruckt bzw. verbreitet.

Nützliche Nachrichten

Im Juni 1996, hat der Dialog-Kreis in Zusammenarbeit mit dem WIR e.V. damit begonnen, das vierteljährliche Informationsblatt Nützliche Nachrichten herauszugeben. Ein breiter Kreis von Interessenten – von Ministerien des Bundes und der Länder bis zu Ausländerbehörden, von amnesty international bis zu WDR und ZDF, von Pro Asyl bis zur AG Asyl in der Kirche, vom Aachener Friedenspreis bis zu MenschenrechtsaktivistInnen, von PfarrerInnen bis zu BürgermeisterInnen, von Evangelischen Akademien bis zum Deutschen Orient-Institut, von Wissenschaftlern bis zu Gewerkschaftlern, von OSZE-Beauftragten bis zu JournalistInnen – gehört zu den Hauptadressaten der Nützlichen Nachrichten.

Bücher und Broschüren des Dialog-Kreises

- 1. Im türkisch-kurdischen Krieg ist es höchste Zeit für eine politische Lösung**
Eine „Bürger und Bürgerinnen-Information“ in deutscher Sprache von Andreas Buro. Verkaufte Auflage 100.000 Stück. Eine ähnliche Informationsschrift, verfasst von Mehmet Sahin, ist im Februar 1996 in türkischer Sprache erschienen.
- 2. Türkei: Ausweg aus der Sackgasse. Zur friedlichen Lösung der Kurdenfrage,**
von Mehmet Sahin, 76 Seiten; März 1997, ISBN 3-929522-43-8 (vergriffen)
- 3. Wirtschaft contra Militär in der Türkei.**
Aus dem TÜSIAD-Bericht: „Perspektiven der Demokratisierung in der Türkei“, 84 Seiten; 4,00 €, Oktober 1997, ISBN 3-929522-46-2
- 4. Parlamentarier der Türkei durchbrechen Tabu in der Kurdenfrage.**
Parlamentarische Kommission berichtet über systematische Vertreibung von Kurden und fordert eine neue Politik. 108 Seiten; 4,00 €, Juli 1998, ISBN 3-933325-03-X (vergriffen)
- 5. Eine europäische Friedensinitiative zur Kurdenfrage ist notwendig.**
Standpunkte-Berichte-Dokumente, 200 Seiten; 6,00 €, Oktober 1999, ISBN 3-933884-01-2
- 6. Türkei: Krieg oder Frieden?**
Die türkisch-kurdische Gesellschaft meldet sich zu Wort. 250 Seiten; 7,50 €, Januar 1999, ISBN 3-933884-00-4
- 7. Türkei-Kurdistan: Eine Reise durch die jüngste Vergangenheit – ein Dossier über das Jahr 2000 minus 1**
von Mehmet Sahin, 207 Seiten, 6,00 €, November 1999, ISBN: 3-933884-02-0
- 8. Eine Auswahl kurdischer Vornamen / Desteyek ji Navên Kurdî**
von Mehmet Sahin, 181 Seiten, 5,00 €, Oktober 2000, ISBN: 3-933884-03-9
- 9. Helsinki'den Brüksel'e: Avrupa Birliği, Türkiye ve Kürtler**
von Mehmet Sahin, 229 Seiten, 7,50 €, Juni 2001, ISBN: 3-933884-04-7
- 10. Die Europäische Union, die Türkei und die Kurden**
von Mehmet Sahin, 239 Seiten, 7,50 €, Oktober 2001, ISBN: 3-933884-06-3
- 11. Daten und Fakten zu Kurden und Kurdistan – Eine Chronologie**
von Mehmet Sahin / Ralf Kaufeldt, 555 Seiten, 17,00 €, September 2002, ISBN: 3-933884-08-X
- 12. Zur Lage und zu den Erwartungen der kurdischen Vertriebenen – Eine Studie von Göc-Der**
Hg.: Dialog-Kreis, Evangelische Kirche im Rheinland, IPPNW, Pro Asyl und Pro Humanitate, 238 Seiten, 8,00 €, Dezember 2002, ISBN: 3-933884-09-8
- 13. Die EU-Kandidatin Türkei und die Kurdenfrage.**
Hg.: Dialog-Kreis, 146 Seiten, 7,50 €, ISBN 3-933884-10-1

Alle aufgeführten Publikationen sind über den Dialog-Kreis zu beziehen.